

Hintergrund- und Diskussionspapier

Nr. 75 Juni 2021

ISSN 1439-2011

Es wird heiß Kein Frieden mit dem Klimawandel

Dokumentation einer Tagung vom 19.-20. März 2021



Bund für Soziale Verteidigung e.V.

Schwarzer Weg 8
32423 Minden
Telefon 05 71 - 29 45 6
Telefax 05 71 - 23 01 9
info@soziale-verteidigung.de
www.soziale-verteidigung.de

Bankverbindung:

Sparkasse Minden - Lübbecke
BLZ 490 501 01
Kto. 89 420 814
IBAN DE73 490 501 01 0089 420 814
Swift-Code WELADED1MIN
<https://soziale-verteidigung.de/spenden>

Unsere Projektseiten:

www.love-storm.de
www.share-peace.de
www.friedensbildung-nrw.de

BSV ist u.a. Mitglied dieser Organisationen:

War Resisters' International
Forum Ziviler Friedensdienst
Kooperation für den Frieden
Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden
Nonviolent Peaceforce Alliance
Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

Herausgeber:
Bund für Soziale Verteidigung
Schwarzer Weg 8
32423 Minden

Es wird heiß. Kein Frieden mit dem Klimawandel
Dokumentation einer Tagung vom 19.-21. März 2021

Die namentlich gekennzeichneten Beiträge in dieser Dokumentation geben ausschließlich die Meinung der Autor*innen wieder, nicht die des BSV oder der beiden Förderer.

Foto Umschlagseite: © Frauennetzwerk für Frieden

Die namentlich gekennzeichneten Beiträge in dieser Dokumentation geben ausschließlich die Meinung der Autor*innen wieder, nicht die
Hintergrund- und Diskussionspapier Nr.75
Hrsg: Bund für Soziale Verteidigung e.V.
Juni 2021
ISSN 1439-2011
4,50 Euro

Gefördert durch:

 **Brot
für die Welt** mit Mitteln des
Kirchlichen
Entwicklungsdienstes

Gefördert durch die

 **STIFTUNG UMWELT
UND ENTWICKLUNG
NORDRHEIN-WESTFALEN**

Inhalt

Zusammenfassung	4
1. Einleitung	5
2. Klimawandel, Umweltzerstörung und Konflikt – ein Aufriss.....	6
I. Das Klima auf der Kippe	6
II. Klimawandel und Konflikt.....	9
III. Klimawandel, menschliche Sicherheit und Migration	11
IV. Zusammenfassung und Ausblick.....	13
3. Klima als Risikofaktor für Mensch und Natur in einer globalisierten Welt.....	15
Widerstand gegen die Ölausbeutung und die Ölverschmutzung im Nigerdelta	15
Schiedsgerichtsbarkeit unter internationalen Investitionsschutzabkommen.....	16
Warum sind die Investor-State Dispute Settlements problematisch?	17
Verzögerung richtungsweisender Reformen: der Chilling Effect durch ISDS.....	18
„Nachhaltige Entwicklung“ und Konflikte.....	19
Risiken vorbeugen und Folgen abfedern	21
4. Umweltfolgen von Rüstung, Krieg und Militär	24
Umweltzerstörung durch Krieg.....	24
Klimawandel als Risiko für bewaffneten Konflikt.....	24
Klimawandel als Bedrohung	26
Verbindungen zwischen Klima und Militär.....	26
Militär gegen die Umwelt- und Klimakrise?	26
Grenzen der Rüstung in der vollen Welt	27
Atomwaffen und Atomenergie.....	27
Abrüstung und soziale Bewegungen gegen den Klimanotstand	29
Diskussion	30
Notizen aus der Arbeitsgruppe zum Thema Umweltfolgen von Rüstung, Krieg und Militär..	31
5. Kohle, Rüstung und die Rolle deutscher Finanzinstitute.....	32
Wo ansetzen, wer ist verantwortlich?	33
Wie bekommt ein Unternehmen Geld?.....	33
Wie genau kommt das Geld in die Kohle oder in die Rüstung?	34
Globale Kohle- und Rüstungsindustrie	35
Diskussion	38
6. Panel: Klimabewegung, Eine-Welt-Bewegung und Friedensbewegung	39
Einleitung.....	39
Michael Nagel, Fridays For Future Hannover.....	39
Clara Tempel, JunepA.....	40
Marcos Da Costa Melo, Eine-Welt-Bewegung	41
Gesprächsrunde der Referent*innen	42
Diskussion	43
Abschlussrunde.....	46
7. Zusammenfassung und Ausblick	47
8. Literatur.....	48

Zusammenfassung

Dieses Hintergrundpapier fasst die Vorträge und Diskussion einer Tagung zum Thema Klima und Konflikt zusammen, die der BSV im Frühjahr 2021 (virtuell, per Zoom) veranstaltet hat. Verschiedene Vorträge befassten sich mit dem Klimawandel, mit der Rolle, die Rüstung und Militär im Klimawandel spielen und welche Konflikte er besonders im Globalen Süden auslöst. Die Tagung endete mit einem Panel, in dem drei Aktivist*innen aus unterschiedlichen Bewegungen – Eine-Welt, Frieden und Umwelt – miteinander und mit den Teilnehmer*innen diskutierten.

1. Einleitung

Am 19. und 20. März 2021 fand die diesjährige Jahrestagung des BSV, aufgrund der Corona-Pandemie erstmals komplett online über Zoom, statt. Etwa 65 Teilnehmende waren angemeldet; 45-50 waren immer zeitgleich dabei und beteiligten sich rege an den Diskussionen und Gesprächen.

Als „roter Faden“ durch die gesamte Tagung zog sich die Frage, wie Frieden, Klimawandel und globale Gerechtigkeit miteinander zusammenhängen. Den Anfang nach einer kurzen Einleitung durch den BSV machte Mechthild Becker vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung. Sie stellte in eindrucksvoller Weise die komplexen Zusammenhänge zwischen Klimawandel, Umweltzerstörung und Konflikten dar. Krischan Oberle, Mitarbeiter des BSV, führte diese Perspektive am nächsten Morgen weiter und vertiefte noch einmal, dass der durch den Klimawandel erzeugte Schaden insbesondere vom globalen Süden und von marginalisierten Gruppen getragen wird. Prof. Dr. Jürgen Scheffran von der Uni Hamburg beschäftigte sich im Anschluss mit den Umweltfolgen von Krieg, Rüstung und Militär. Kathrin Petz von urgewald e.V. sprach zur Rolle der Finanzinstitute in der Kohle-, Rüstungs- und Atomwaffenindustrie.

Nach einer Arbeitsgruppenphase folgte ein Panel, bei dem sich Aktivist*innen der verschiedenen Bewegungen austauschten. Marcos A. da Costa Melo, Eine-Welt-Promotor in Hamm, Michael Nagel von Fridays for Future Hannover und Clara Tempel von JunepA (Junges Netzwerk für politische Aktion) erklärten, was aus ihrer Ansicht bei ihrer jeweiligen Bewegung besonders gut läuft und evaluierten, wie gut die Zusammenarbeit mit anderen Bewegungen funktioniert. Unter dem Eindruck dieses Panels gab es zum Abschluss eine zweite Kleingruppenphase, in der die Teilnehmenden Ideen sammelten, was praktisch sowohl direkt gegen den Klimawandel als auch, um die Zusammenarbeit verschiedener Bewegungen zu verbessern, getan werden könnte. So entstanden vielfältige Vorschläge, die einige Teilnehmende sicherlich in ihr weiteres Engagement einbinden werden.

2. Klimawandel, Umweltzerstörung und Konflikt – ein Aufriss

Mechthild Becker

Vielen Dank an den Bund für Soziale Verteidigung für die Einladung zu dieser spannenden Tagung. Es ist unglaublich anderthalb Jahre her, dass ich zugestimmt habe, einen Vortrag für diese Tagung zu machen. Und mit all den Umbrüchen, die wir durch die Corona-Pandemie seitdem erlebt haben, kommt es mir fast so vor, als ob die Welt damals im September 2019 eine andere war. Damals war das Klima in aller Munde, heute scheint das der Klimawandel ein bisschen aus dem öffentlichen Blickfeld geraten zu sein.

Aber wir müssen handeln und die Wende hin zu einer sozial-ökologischen Transformation bald schaffen, damit die Erde nicht aus dem Wanken gerät und wir hier noch gemeinsam friedlich zusammenleben können. Vielleicht kann diese Tagung einen kleinen Beitrag dazu leisten.

Hier eine Übersicht über Inhalt und Aufbau des Inputs:

I. Das Klima auf der Kippe

II. Klimawandel und Konflikt

III. Klimawandel, menschliche Sicherheit und Migration

IV. Zusammenfassung und Ausblick

I. Das Klima auf der Kippe

Leben im Anthropozän

Bevor wir uns anschauen, welche mögliche Bedrohung der Klimawandel für ein friedliches Zusammenleben auf dieser Erde darstellt, uns also mit den Folgen des Klimawandels beschäftigen, ist es wichtig, sich noch einmal die Ursachen bewusst zu machen. Oder besser gesagt, die eine Ursache: Der Mensch. Es ist der Mensch, der in das Erdsystem und damit auch das Klimasystem eingegriffen hat, wir sprechen daher ja auch vom menschengemachten Klimawandel. Vor einigen Jahren begann sogar die Debatte, ob wir uns in einem neuen erdgeschichtlichen Zeitalter befinden, dem „Anthropozän“. Anthropos stammt aus dem Griechischen und bedeutet Mensch. Damit soll zum Ausdruck gebracht werden, dass der Mensch so massiv in das Erdsystem eingegriffen hat, dass man von einem Einschnitt in der Erdgeschichte sprechen kann, einer neuen geologischen Epoche – dem Zeitalter des Menschen. Seit Beginn der industriellen Revolution in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts ist der Mensch ein, wenn nicht der, bestimmende Faktor auf unserer Erde. Er greift massiv in Prozesse ein:

- durch die Verbrennung fossiler Energieträger,
- durch den Abbau und die Ausbeutung natürlicher Ressourcen
- oder auch durch die Verbreitung invasiver Pflanzen- und Tierarten.

All das gefährdet Ökosysteme weltweit. Wir sehen und spüren die Folgen des menschlichen Raubbaus an der Natur, an Land und im Wasser. Ein Beispiel ist der Amazonas-Regenwald, der durch Abholzung, aber auch durch klimatische Veränderungen, bedroht ist.

Meine Projektleiterin Dr. Kira Vinke hat kürzlich in einem Beitrag¹ für die *„Zeitschrift für die Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen“* von einer „radikalen Entfremdung zwischen Mensch und Natur“ gesprochen. Sie ging in dem Artikel auf die Zusammenhänge zwischen der Corona-Pandemie und dem Klimawandel ein und hat dazu Folgendes geschrieben: „Beiden Krisen, der Corona-Pandemie und der Klimakrise, liegt ein Wirkungszusammenhang zugrunde: die radikale Entfremdung zwischen Mensch und Natur.“ Unser Wohlstand ist auf Ressourcenübernutzung aufgebaut, das Wachstumsparadigma vom Höher, Weiter, Schneller, Mehr stößt an Grenzen.

Was sind die Folgen davon, dass wir das komplexe Klimasystem aus dem Gleichgewicht gebracht haben?

Die globale Durchschnittstemperatur ist im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter um ungefähr 1,1 Grad gestiegen, laut der Weltwetterorganisation.²

¹ VEREINTE NATIONEN (Heft 3/2020): Klima, Krisen und Konflikte von Kira Vinke (25.06.2020), <https://zeitschrift-vereinte-nationen.de/suche/zvn/artikel/klima-krise-und-konflikte/>

² World Meteorological Organization (WMO-No. 1248): WMO Statement on the State of the Global Climate in 2019 (2020), https://library.wmo.int/doc_num.php?explnum_id=10211

Auch in Deutschland spüren wir die Auswirkungen klimatischer Veränderungen.

- Nach Angaben des Deutschen Wetterdienstes war 2020 das zweitwärmste Jahr seit Beginn der flächendeckenden Wetteraufzeichnungen im Jahr 1881. 2018 war übrigens das wärmste und 2019 das drittwärmste Jahr.³
- Die Dekade von 2011-2020 war die wärmste seit Beginn der Wetteraufzeichnungen.
- 2020 war auch das dritte zu trockene Jahr in Folge. Hier in Brandenburg waren schon im März vielerorts die Gefahrenstufen für Waldbrand ziemlich hoch.

Klima im Wandel

Wenn man von den unmittelbaren Folgen des Klimawandels spricht, unterscheidet man zwischen schleichenden Veränderungen und Extremwetterereignissen. Zu den schleichenden, den langsam einsetzenden Ereignissen zählen etwa

- der Temperaturanstieg,
- der Anstieg des Meeresspiegels,
- oder auch die Gletscherschmelze und deren Folgen.

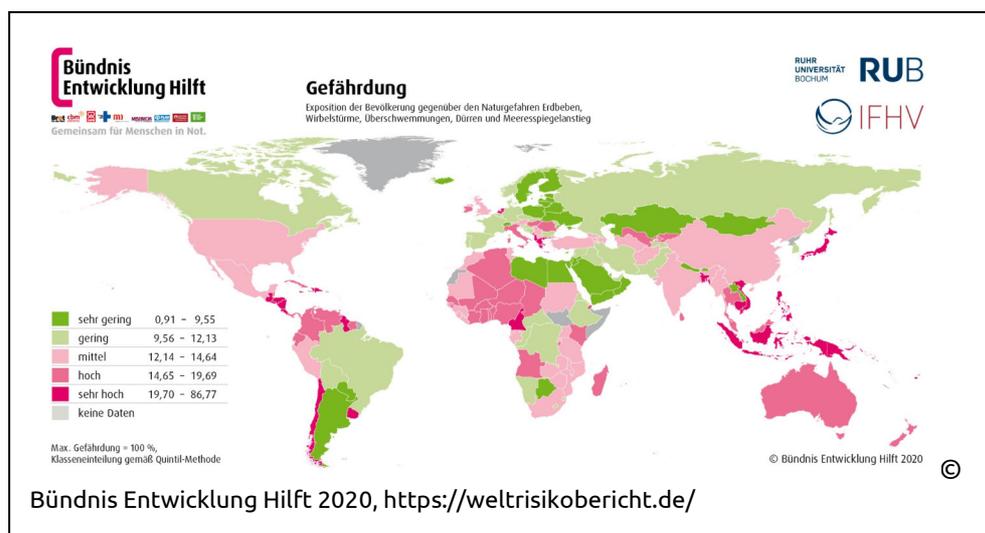
In unseren Partnerländern Peru und Indien hat die Gletscherschmelze zum Beispiel ganz konkrete Auswirkungen auf die Frischwasserversorgung und es drohen nie dagewesene Gefahren. Neben diesen schleichenden Veränderungen beeinflusst der Klimawandel auch die Intensität und Häufigkeit von Extremwetterereignissen. Dazu zählen beispielsweise Dürren, Überschwemmungen oder Stürme, auch Sturmfluten. Extremwetterereignisse bergen ein enormes Schadenspotential, sie können Infrastruktur, ganze Ernten oder auch Leib und Leben von tausenden von Menschen innerhalb kurzer Zeit gefährden.

Schleichende und Extremwetterereignisse können sich auch gegenseitig verstärken. Wenn zum Beispiel ein tropischer Wirbelsturm auf eine Küste trifft, die durch den Meeresspiegelanstieg und Küstenerosion ohnehin vulnerabler ist, kann der Wirbelsturm einen größeren Schaden anrichten.

All diese verschiedenen Auswirkungen des Klimawandels haben Folgen: Sie führen beispielsweise zu Wasserknappheit oder Bodendegradierung und dem Verlust von Ackerfläche. Oder sie gefährden Fischgründe. Anders gesagt: Klimafolgen gefährden Lebensräume und Lebensgrundlagen.

Besonders gefährdet sind diejenigen, die von natürlichen Ressourcen abhängig sind, wie etwa Kleinbauern. Wenn Ernten ausbleiben sind sie oft unmittelbar von Hunger bedroht.

All das wirkt sich auf wirtschaftliche, soziale und politische Systeme aus und birgt Konfliktpotential verschiedenster Art. Die Risiken, die mit den Klimafolgen verbunden sind, sind nicht gleich verteilt, weder innerhalb von Gesellschaften noch zwischen Staaten.



³ Deutscher Wetterdienst: Deutschlandwetter im Jahr 2020 (30.12.2020), https://www.dwd.de/DE/presse/pressemitteilungen/DE/2020/20201230_deutschlandwetter_jahr_2020_news.html

Gefährdung

Was das auf globaler Ebene bedeutet, schauen wir uns anhand dieser Karte aus dem Weltrisikobericht 2020⁴ an, die die Gefährdung/Exposition gegenüber Erdbeben, Stürmen, Überschwemmungen, Dürren und dem Anstieg des Meeresspiegels zeigt. Mit der Ausnahme von Erdbeben sind das Risiken, die mit dem Klimawandel in Verbindung stehen oder stehen können.

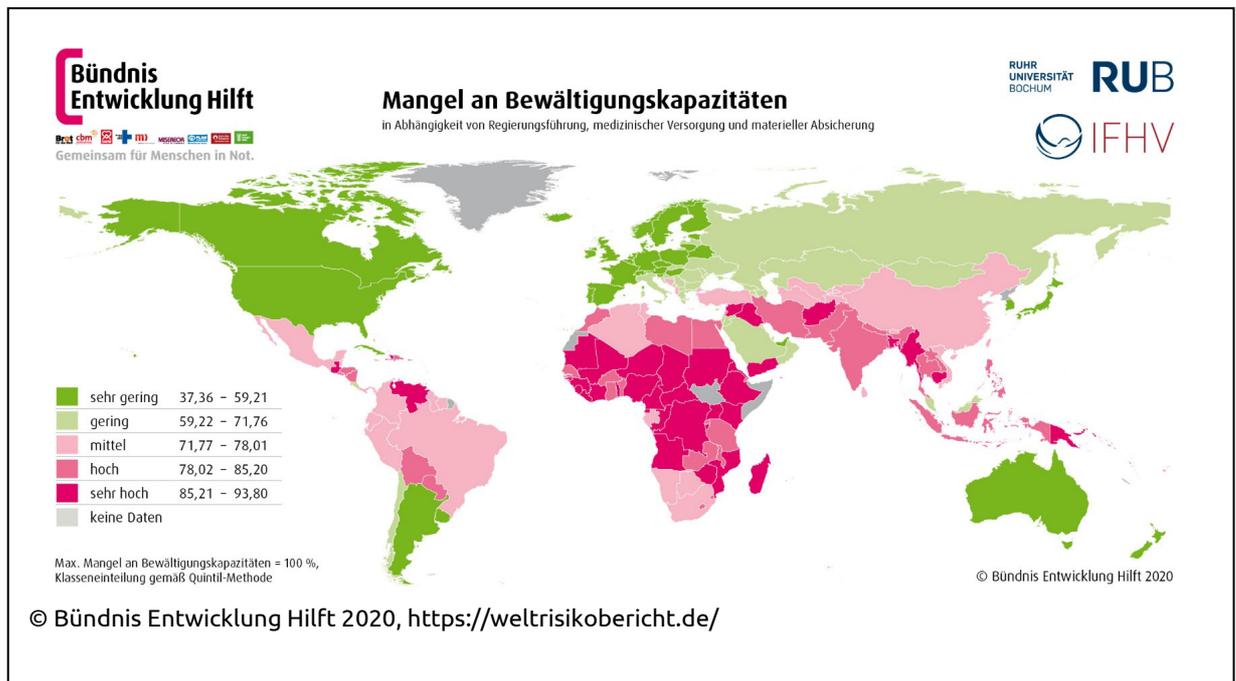
Es zeigt sich: Es sind vor allem die Länder des globalen Südens, die gefährdet sind. Am gefährdetsten sind hier die kleinen Inselstaaten im Pazifik, die dem Anstieg des Meeresspiegels und Naturgewalten besonders ausgesetzt sind, und dass, obwohl ihr Anteil an den globalen Treibhausgasemissionen verschwindend gering ist. Am Beispiel der kleinen Inselstaaten im Pazifik zeigt sich so ganz konkret, was Klimaungerechtigkeit bedeutet.

Gefährdung ist das eine, und an sich auch erst einmal „nur“ eine Gefährdungslage oder ein Risiko. Wenn aber die Kapazitäten, so ein Risiko zu managen, nicht ausreichend sind, dann kann das verheerende Folgen haben.

Mangel an Bewältigungskapazitäten

Deswegen habe ich der Karte, in der Gefährdungen dargestellt sind, eine Karte aus dem Weltrisikobericht gegenübergestellt, in der Bewältigungskapazitäten dargestellt sind. Dabei geht es, um, ich zitiere „*Fähigkeiten von Gesellschaften, negative Auswirkungen von Naturgefahren und Klimawandel mittels direkter Handlungen und zur Verfügung stehender Ressourcen zu minimieren*“. Betrachtet wurden Regierungsführung, medizinische Versorgung und soziale und materielle Absicherung.

Diese Fähigkeiten sind Voraussetzungen für ein funktionierendes effektives Krisenmanagement. Am Beispiel von den Niederlanden zeigt sich, was das bedeutet: Die Gefährdungslage ist hoch, aber dort hat man die finanziellen Mittel aber auch die technischen Kapazitäten Deiche zu bauen und Küstenschutz zu betreiben.



⁴ Der Weltrisikobericht wird herausgegeben vom Bündnis Entwicklung Hilft und dem Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht der Ruhr-Universität Bochum. (Hrsg.): Weltrisikobericht (2020), Kapitel 2: Flucht und Migration von Ludger Pries, Claudia Berker, Carsten Felgentreff, Hendrik Slusarenka, Timeela Manandhar, Rouven Diekjobst, Benedikt Behlert, Sabine Minninger, <https://weltrisikobericht.de/>. Behlert, Benedikt, Rouven Diekjobst, Carsten Felgentreff, Timeela Manandhar, Peter Mucke, Ludger Pries, Katrin Radtke, Daniel Weller. „WeltRisikoBericht. Fokus: Flucht und Migration.“ Bündnis Entwicklung Hilft und Ruhr-Universität Bochum – Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht (IFHV), 2020. <https://weltrisikobericht.de/>.

II. Klimawandel und Konflikt

Klimawandel als friedenspolitische Herausforderung

In diesem zweiten Teil des Vortrags werde ich den Zusammenhang zwischen Klimafolgen und Konflikt näher beleuchten.

Die Bedeutung oder mögliche Bedeutung des Klimawandels für das friedliche Zusammenleben auf unserem Planeten wird zunehmend stärker diskutiert.

Ein entscheidender Schritt, um ein größeres Bewusstsein für die Zusammenhänge zwischen Klimawandel und Sicherheit zu schaffen, war sicherlich die Verleihung des Friedensnobelpreises an das *Intergovernmental Panel on Climate Change*⁵, das IPCC, oder auf Deutsch dem Weltklimarat im Jahr 2007.

Beispiele dafür, dass der Zusammenhang zwischen Klima- und Sicherheitspolitik auf verschiedenen politischen Ebenen wahrgenommen und debattiert wird, gibt es mittlerweile viele. 2007 hatte der UN-Sicherheitsrat zum ersten Mal die Zusammenhänge zwischen Klimawandel und Konflikt auf der Agenda. Ein Beispiel ist auch der G7-Bericht „A New Climate for Peace“⁶ aus dem Jahr 2015, ein anderes die Berlin Climate and Security Conference, die das Auswärtige Amt, adelphi und das PIK (*Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung*) 2019 und 2020 gemeinsam organisiert haben. Solche Foren sind spannend, denn dort kommen Forschung und politische Entscheidungsträgerinnen und –träger zusammen. Ein Austausch, der zu evidenzbasierten und konkreten Lösungen beitragen kann. Vor kurzem hat der Beirat der Bundesregierung Zivile Krisenprävention und Friedensförderung einen Bericht mit dem Titel „Klimawandel und Konflikte“ herausgegeben. Drei Kolleginnen von mir sind Autorinnen des Berichts. Auch dieser Bericht ist ein Beispiel dafür, dass wissenschaftliche Expertise ganz konkret in politische Prozesse einfließen kann.

Stand der Forschung

Um das Ganze zu verdeutlichen, habe ich drei kurze Zitate zum Forschungsstand rausgesucht.

Das erste Zitat ist von Kolleg*innen, die das Zusammenspiel von ethnischer Fragmentierung, Katastrophen und dem Auftreten von Konflikten untersucht haben. Sie kommen zu folgendem Schluss:

„(...) in Ländern, die eine ethnische Fragmentierung aufweisen, erhöht sich durch Katastrophen, die mit dem Klimawandel in Verbindung stehen, das Risiko des Ausbruchs bewaffneter Konflikte“. (*Schleussner et al., 2016*).⁷

Das zweite Zitat stammt aus einem Paper von *Nina Uexkull et al., 2016*. Sie kommen zu folgendem Fazit:

„(...) Dürre kann dazu beitragen, Konflikte zu verschärfen, insbesondere für Bevölkerungsgruppen in sehr armen Ländern, die von der Landwirtschaft abhängig sind und solchen, die politisch ausgegrenzt sind“.⁸

Das dritte, das aktuellste, ist das Paper von Tobias Ide und anderen. Darin heißt es:

„(...) Katastrophen, die mit dem Klimawandel in Verbindung stehen, erhöhen das Risiko des Ausbruchs bewaffneter Konflikte. Dieser Link ist stark kontextabhängig und wir stellen fest, dass Länder mit großer Bevölkerung, politischer Ausgrenzung von ethnischen Gruppen und

⁵ The Nobel Prize: The Nobel Peace Prize 2007: Intergovernmental Panel on Climate Change, <https://www.nobelprize.org/prizes/peace/2007/ipcc/facts/>

⁶ Adelphi, International Alert, Woodrow Wilson International Center for Scholar, European Union Institute for Security Studies (Hrsg.): A New Climate for Peace: Taking Action on Climate and Fragility Risks (2015) von Lukas Rüttinger, Dan Smith, Gerald Stang, Dennis Tänzler, Janani Vivekananda, <https://www.adelphi.de/de/publikation/new-climate-peace-%E2%80%93-taking-action-climate-and-fragility-risks>

⁷ Proceedings of the National Academy of Sciences (113, No. 33): Armed-conflicts risks enhanced by climate-related disasters in ethnically fractionalized countries (16.08.2016) von Carl-Friedrich Schleussner, Jonathan F. Donges, Reik V. Donner und Hans Joachim Schellnhuber, <https://doi.org/10.1073/pnas.1601611113>. Eigene Übersetzung.

⁸ Uexkull, Nina von, Mihai Croicu, Hanne Fjelde, and Halvard Buhaug. "Civil Conflict Sensitivity to Growing-Season Drought." *Proceedings of the National Academy of Sciences* 113, no. 44 (November 1, 2016): 12391–96. <https://doi.org/10.1073/pnas.1607542113>. Eigene Übersetzung.

einem geringen Grad an menschlicher Entwicklung besonders anfällig sind“ (Tobias Ide et al., 2020).⁹

Wetter- und klimabedingte Katastrophen können also unter bestimmten Bedingungen zu mehr Konflikten führen. Die Kolleg*innen nennen hier:

- Große Bevölkerung,
- ethnische Exklusion und
- einen geringen Entwicklungsstand (HDI).

Komplexe Wirkungszusammenhänge

Was können wir aus diesen Zitaten mitnehmen? Die Zusammenhänge zwischen klimatischen Veränderungen und Konflikt sind komplex. Es gibt keine Automatismen und der Link ist stark kontextabhängig. Oder anders gesagt: Die Zusammenhänge zwischen Konflikten und Klimawandel entziehen sich einfacher, monokausaler Erklärungsversuche. Viele Faktoren spielen eine Rolle und müssen in der Analyse berücksichtigt werden.

Wie in den Zitaten zum Forschungsstand deutlich wurde, hat sich gezeigt, dass Länder, die eine ethnische Fragmentierung aufweisen, besonders gefährdet sind. Das gilt auch für Länder, in denen eine hohe Abhängigkeit von der Landwirtschaft zu finden ist. Fest steht: Der Klimawandel verstärkt bestimmte Konfliktfaktoren und wirkt sich somit negativ auf die Sicherheit aus. Die Risiken, die die Folgen des Klimawandels für den internationalen Frieden und Sicherheit darstellen, sind real und sie sind gegenwärtig.

Der IPCC, der Weltklimarat, spricht in seinem 5. Sachstandsbericht aus dem Jahr 2015 von einem „justifiable common concern“. Es wird also geschlussfolgert, dass ein berechtigter Grund zur Sorge besteht, was den Zusammenhang zwischen dem Klimawandel und der Zunahme bewaffneter Konflikte angeht.

Unter bestimmten Bedingungen können Klimafolgen zum Konfliktgeschehen beitragen:

- Der Klimawandel beeinflusst vorhandene Konfliktfaktoren, ist aber nicht die unmittelbare Konfliktursache. Man spricht von einem Konflikttreiber bzw. Risikomultiplikator.
- Ein gutes Beispiel sind die sogenannten „farmer-herder-conflicts“, also Konflikte zwischen sesshaften Bauern und nomadisch lebenden Viehzüchtern.
- Meine Kollegin Stefanie Wesch hat mir im Vorfeld von ihrer Forschung in der Sahelzone berichtet. Unbeständige, schwankende Niederschläge gefährden die Gesundheit der Herden und zwingen Viehzüchter neue Routen zur Versorgung ihrer Herde zu suchen, was zu Konflikten führen kann. Wenn das Einkommen wegfällt, werden die jungen Männer auch anfälliger für die Rekrutierung durch Extremisten. Ein Warnsignal kann sein, dass Viehhirten auffällig viel Vieh verkaufen. Denn das könnte bedeuten, dass sie kurz davor sind, sich extremistischen Gruppen anzuschließen bzw. sich demnächst dazu gezwungen sehen, weil sie schlicht und einfach nichts mehr haben.

Wichtig scheint mir auch zu erwähnen, dass Ressourcenknappheit und Krisen auch zu Kooperation führen können oder diese verstärken können. Das kann ein Ansatz zur Friedensbildung sein. Das PIK ist beispielsweise am Projekt Green Central Asia¹⁰ in Zentralasien und Afghanistan beteiligt, in dem Kooperation durch grenzüberschreitenden Dialog zu den Themen Klima, Umwelt und Sicherheit gestärkt werden soll. Da geht es vor allem um grenzüberschreitende Wasserressourcen.

Die entscheidende Frage für mich ist: Was ist bei fortschreitendem Klimawandel? Denn auch wenn noch viel Forschungsbedarf besteht, das was man schon jetzt über den Zusammenhang zwischen Klimawandel und Konflikt weiß, gibt Anlass zur Sorge. Wie dargelegt, hat der Klimawandel Einfluss auf allgemeine Konfliktfaktoren, er führt beispielsweise zu Ressourcenknappheit oder Nahrungsmittelschocks. Und das ist keinesfalls beruhigend, wenn man bedenkt, dass der Klimawandel vor allem Länder des Globalen Südens trifft, die ohnehin vielfältigste Herausforderungen zu bewältigen haben. Wir haben ja gesehen, dass die Gefährdungen durch den

⁹ Ide, Tobias, Michael Brzoska, Jonathan F. Donges, and Carl-Friedrich Schleussner. “Multi-Method Evidence for When and How Climate-Related Disasters Contribute to Armed Conflict Risk.” *Global Environmental Change* 62 (May 1, 2020): 102063. <https://doi.org/10.1016/j.gloenvcha.2020.102063>. Eigene Übersetzung.

¹⁰ <http://greencentralasia.org/en>

Klimawandel und die Bewältigungskapazitäten, diese Gefährdungen anzugehen, ungleich verteilt sind.

Meine Projektleiterin Kira Vinke hat dazu in dem bereits erwähnten Beitrag für die *Zeitschrift für die Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen* geschrieben: „Alle zukünftigen Krisen, wie ökonomische Rezessionen, Gewaltkonflikte oder Pandemien, werden parallel zu intensiver werdenden Klimafolgen ablaufen.“

Wir stehen dem nicht machtlos gegenüber. Denn die Folgen hängen von den Maßnahmen ab, die wir noch ergreifen, um den menschengemachten Klimawandel zu bremsen und die Maßnahmen wiederum beeinflussen die Folgen. Das klingt banal und heißt konkret: Wenn es uns in dieser Dekade nicht gelingt, die Treibhausgasemissionen drastisch zu senken, und wir es nicht schaffen, die 2015 in Paris vereinbarten Ziele zu erreichen, werden sich bereits bestehende Konfliktrisiken verschärfen.

III. Klimawandel, menschliche Sicherheit und Migration

Klimawandel und Migration

Klimawandelbedingte Migration wird mittlerweile als sicherheitspolitisches Thema von Entscheidungsträgerinnen und -trägern wahrgenommen. Darüber gäbe es auch viel zu sagen. Ich möchte in diesem Teil des Vortrags allerdings auf die individuelle Ebene schauen und damit Fragen der Menschenwürde in den Vordergrund stellen.

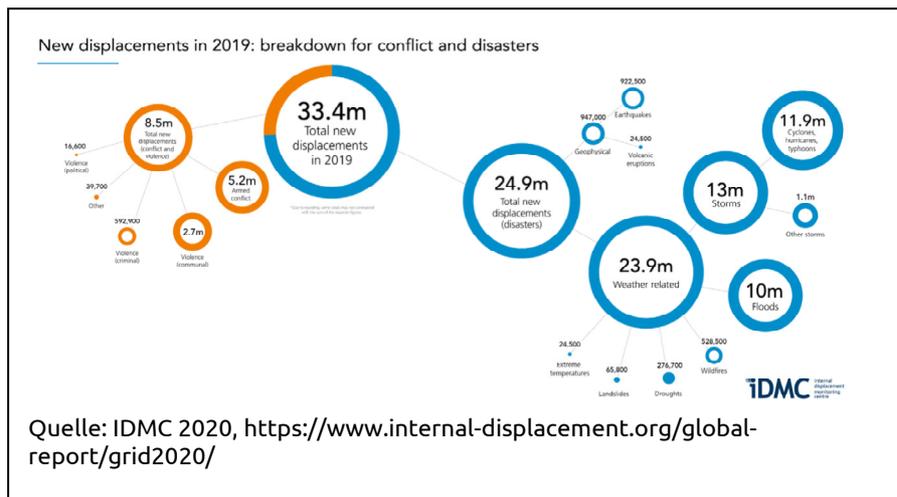
Migration ist in der Regel ein multikausales Phänomen. Mehrere Faktoren beeinflussen die Entscheidung zu gehen oder aber auch zu bleiben. Das können soziale, politische, ökonomische, demografische, aber eben auch umweltbezogene Gründe sein. Der Klimawandel und Umweltveränderungen können all diese Faktoren beeinflussen. Doch was ist, wenn der Klimawandel ganze Gebiete unbewohnbar macht?

Auch wenn der Mensch sich in der Evolution als sehr anpassungsfähig erwiesen hat, es gibt physische Grenzen der Anpassung auch für uns. Die Forscher*innen einer Studie¹¹ in der renommierten Fachzeitschrift *Proceedings of the National Academy of Sciences* von Chi Xu und anderen mit dem Titel „Future of the human climate niche“ schauen auf die Risiken durch Hitze und sagen, dass der Klimawandel ein Fünftel der Erdoberfläche unbewohnbar machen könnte. Bei den für die Studie zugrunde gelegten Szenarien könnte es in diesen Gebieten dazu kommen, dass dort im Jahresdurchschnitt Temperaturen von mehr als 29 Grad herrschen könnten. Die Gesellschaften in den betroffenen Gebieten hätten größere Probleme mit Krisen, wie etwa neuen Pandemien, umzugehen. Und in diesen Gebieten lebt ca. ein Drittel der Weltbevölkerung.

Extremereignisse und Binnenvertreibung

Was Sie hier (auf der nächsten Seite) sehen, ist eine Übersicht über neue Binnenvertreibungen im Jahr 2019 des Internal Displacement Monitoring Centre:

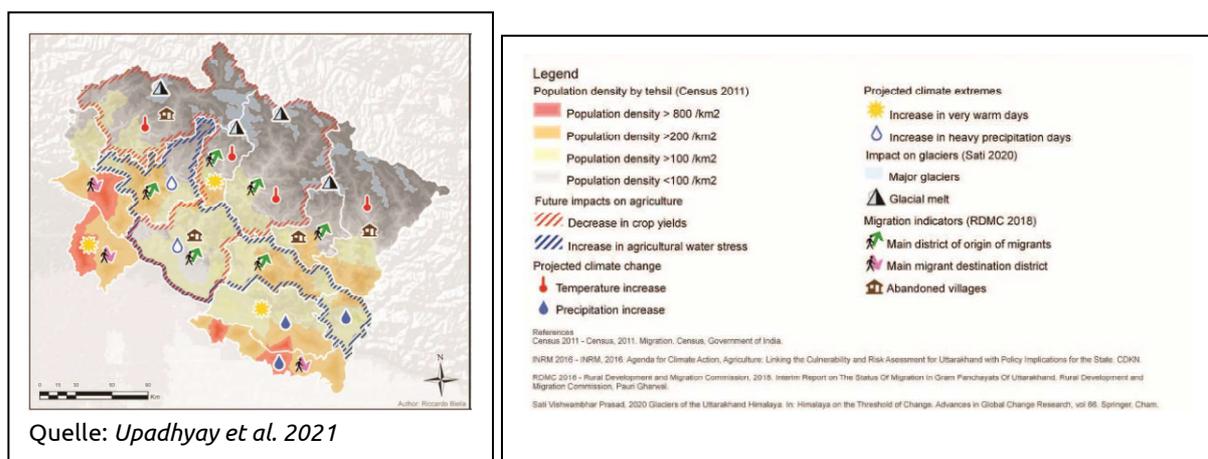
¹¹ Proceedings of the National Academy of Sciences (117, No. 21): Future of the Human Climate Niche (26.05.2020) von Chi Xu, Timothy A. Kohler, Timothy M. Lenton, Jens-Christian Svenning, Marten Scheffer, <https://doi.org/10.1073/pnas.1910114117>.



Es geht also um Menschen, die innerhalb ihrer Länder geflohen sind, aufgeteilt nach Konflikten (links) und Katastrophen (rechts). Auf der rechten Seite sehen Sie, dass von 33,4 Millionen insgesamt neu Vertriebenen im Jahr 2019 23,9 Millionen wetterbedingt waren. Wir können dem Klimawandel kein einzelnes extremes Wetterereignis zuschreiben, aber da der Klimawandel die Häufigkeit und Intensität extremer Ereignisse erhöht, birgt ein ungebremster Klimawandel ein erhebliches Gefahrenpotential.

Wie schon zuvor erwähnt, zeigen Wetterextreme die zerstörerische Kraft des Klimawandels – ein einzelnes Ereignis kann enormen wirtschaftlichen Schaden anrichten und Tausende in die Flucht treiben. Diese Flucht muss nicht von Dauer sein, aber auch wenn sie nur kurz andauert, ist der Einschnitt in das Leben der Betroffenen massiv.

„Livelihood risk map“ Uttarakhand, Indien



Sie sehen hier eine „Livelihood risk map“ aus einem Bericht über die Zusammenhänge zwischen Klimawandel und menschlicher Migration in dem indischen Bundesstaat Uttarakhand.¹² Der Bericht wurde in einem interdisziplinären Projektteam erstellt. Die Karte stellt existentielle Risiken kombiniert dar.

Uttarakhand liegt am Fuße des Himalayas. Migration ist dort seit jeher eine gängige Strategie zur Bewältigung von Umweltveränderungen und zur Diversifizierung der Lebensrisiken für Menschen, die in diesem fragilen Ökosystem leben.

¹² Potsdam Institute for Climate Impact Research (PIK) & The Energy and Resources Institute (TERI) India: Locked Houses, Fallow Lands: Climate Change and Migration in Uttarakhand, India (2021) von H. Upadhyay, K. Vinke, S. Bhardwaj, M. Becker, M. Irfan, N.B. George, R. Biella, P. Arumugam, S. K. Murki, E. Paoletti, <https://www.teriin.org/project/EPICC>, <https://www.teriin.org/project/EPICC>.

Für die verschiedenen Bezirke von Uttarakhand haben wir uns die Zusammenhänge zwischen Klimawandel und Migration angeschaut, mit besonderem Augenmerk auf die Landwirtschaft, da die Mehrheit der Bevölkerung von durch den Regenfall gespeisten Anbau abhängig ist.

Die Klimafolgen können die Abwanderung aus den Berggebieten in die Ebenen noch verstärken. Es gibt schon jetzt Bezirke, die eine negative Bevölkerungsentwicklung haben, was sehr ungewöhnlich für Indien ist. Es gibt dort auch so genannte Geisterdörfer, die quasi unbewohnt sind. Und der Staat hat dies auch schon als Sicherheitsrisiko erkannt, da das auch Dörfer nahe der indischen Außengrenze sind.

Klimamigration und soziale Vulnerabilität

Um das noch einmal ganz deutlich festzuhalten: Die Folgen des Klimawandels treffen insbesondere Bewohner*innen von Ländern, die am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben und die ohnehin in fragilen Kontexten leben.

Das heißt, dass die Gegenden, aus denen potentiell viele Menschen vor dem Klimawandel migrieren oder fliehen, oftmals zugleich auch Gegenden sind, in denen Menschen schwierige Lebensbedingungen haben. Das heißt: Der Klimawandel verstärkt Risiken.

Sozial benachteiligte Teile der Gesellschaft sind besonders gefährdet, da sie über weniger Rechte oder Ressourcen verfügen, um sich anzupassen oder zu schützen. Dazu gehören Frauen, Kinder, Jugendliche, ältere Menschen oder auch Menschen mit körperlichen Einschränkungen oder chronischen Krankheiten. In zweifacher Hinsicht benachteiligt sind diese Personengruppen in Ländern des globalen Südens, sie sind „the poor of the poor“, die „Armen der Armen“. Sie sind benachteiligt, weil sie zum einen in einem armen Land leben und dort dann auch noch zu den benachteiligten Gruppen gehören. Aus der Katastrophenforschung wissen wir, zum Beispiel, dass es wichtig ist, sich mit geschlechtsspezifischen Vulnerabilitäten auseinanderzusetzen, da Frauen im Katastrophenfall häufig überproportional sterben. Es braucht aber mehr Forschung über die Zusammenhänge zwischen sozialer Vulnerabilität und Klimamigration oder auch Gesundheitsfolgen. Die Fragen, die sich in diesem Zusammenhang stellen, sind vor allem Machtfragen: Wer ist wie betroffen? Wer kann sich anpassen?

Man bedenke zum Stichwort Bildung: Mehr als die Hälfte der Menschen auf der Flucht sind unter 18 Jahre alt, ihre Bildung und Ausbildung sind gefährdet. UNICEF erkennt Zusammenhänge zwischen „Education, migration and climate change“, spricht aber auch von einer Forschungslücke.¹³ Wir erleben gerade alle, dass Krisen sehr schnell aufzeigen, wer verletzlich ist. Das gilt für die Corona-Krise, aber eben auch für die Klimakrise.

Sich den Zusammenhang zwischen sozialer Vulnerabilität und Migration im Kontext des Klimawandels bewusst zu machen, ist auch wichtig, um auf sog. „trapped populations“ aufmerksam zu machen. Damit sind Menschen gemeint, die zu arm sind, um zu fliehen, denn Migration ist mit Kosten verbunden.¹⁴

IV. Zusammenfassung und Ausblick

Die folgenden drei Kernaussagen sollen versuchen, diesen Input zusammenzufassen:

1. Der Klimawandel stellt eine (zunehmende) Bedrohung für Sicherheit und Frieden dar.
2. Der Klimawandel verstärkt bereits bestehende Vulnerabilitäten von Individuen, gesellschaftlichen Gruppen und Minderheiten sowie Staaten.
3. Und, das ist eine doppeldeutige Botschaft, es liegt an uns!
 - a. Es liegt an uns, den Menschen, dass wir uns in dieser Lage befinden. Sie erinnern sich vielleicht an meine anfänglichen Anmerkungen zum Zeitalter des Menschen.
 - b. Es liegt aber auch an uns, Lösungen zu finden.

¹³ Um dazu beizutragen diese Lücke zu schließen hat UNICEF UK im Mai 2021 einen handlungsorientierten Bericht mit dem Titel „Futures At Risk: Protecting the rights of children on the move in a changing climate“ herausgegeben: <https://www.unicef.org.uk/futures-at-risk-climate-report/>.

¹⁴ Süddeutsche Zeitung (Hrsg.): Zu arm, um sich auf den Weg zu machen von Andrea Bachstein (10.06.2019), <https://www.sueddeutsche.de/politik/flucht-wegen-klimawandel-zu-arm-um-sich-auf-den-weg-zu-machen-1.4519499>

Handlungsräume für klimabedingte Sicherheitsrisiken

Eingriffsmöglichkeiten, um sicherheitspolitischen Risiken durch den Klimawandel zu begegnen, bestehen auf allen politischen Ebenen und müssen auch auf alle Ebene angegangen werden.

- Minderung von Treibhausgasemissionen („Mitigation“):
Es liegt in unserer Hand, ob wir es schaffen, die Erderwärmung im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter auf „deutlich unter“ zwei Grad Celsius zu begrenzen, wie im Paris Agreement festgehalten. Das Ziel muss ganz klar 1,5 Grad sein.
- Anpassung an den Klimawandel („Adaptation“):
Resilienz erhöhen oder anders gesagt, dem Mangel an Bewältigungskapazitäten entgegenwirken, z.B. durch Krisenvorsorge und ein effektiveres Management der Krisenkommunikation.
- Es braucht mehr und neue Maßnahmen und Instrumente in der Krisenprävention und Friedensförderung.
Das heißt nicht nur, die Zusammenhänge zwischen Klimafolgen und Konflikt anzuerkennen, sondern auch danach handeln, was auch bedeutet, dass klima- und sicherheitspolitische Maßnahmen besser aufeinander abgestimmt sein müssen. Das Stichwort lautet hier Politikkohärenz, also ein abgestimmtes Handeln.
- Konfliktpotentiale eindämmen durch Strategien zur friedvollen Bewältigung von Konfliktfaktoren, die durch den Klimawandel bedingt sind, z.B. durch Kooperation oder Mediation.
- Und natürlich kann ich Sie auch nicht entlassen, dass Bildung und Forschung zu dem Nexus zwischen Klimawandel, Konflikten und Migration auch ein Teil der Lösung ist.

Mechthild Becker arbeitet im East Africa Peru India Climate Capacities (EPICC) Projekt am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK).

3. Klima als Risikofaktor für Mensch und Natur in einer globalisierten Welt

Krischan Oberle

Der Beitrag stellt die Frage, wie sich die Klimakrise in der postkolonialen Welt verorten lässt. Beispiele aus der Investitions-Schiedsgerichtsbarkeit dienen der Erläuterung des Zusammenhangs. Um zu zeigen, wie Konflikte und Klima zusammengehören und wo da Gerechtigkeitsaspekte im Spiel sind, werden die *Sustainable Development Goals* (SDGs) als Schablone genutzt. Im zweiten Teil werden einige Punkte zum Beitrag von Mechthild Becker ergänzt und in dem dritten Teil zeigen noch drei weitere Beispiele, wie Basisorganisationen und soziale Bewegungen an Klimakonflikten arbeiten.

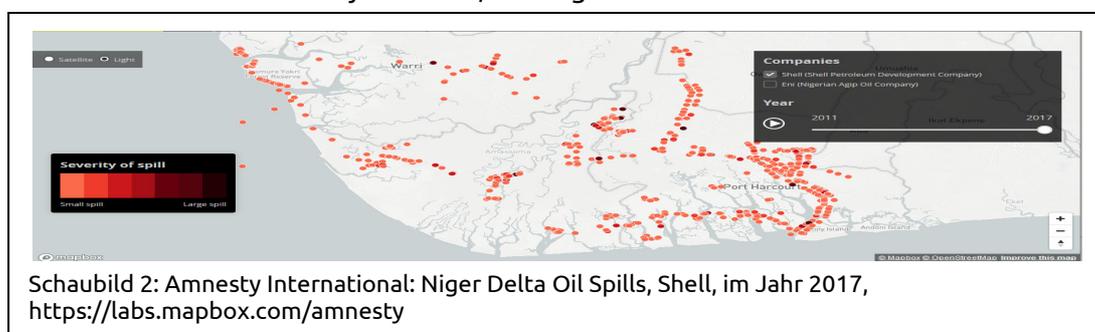
Widerstand gegen die Ölausbeutung und die Ölverschmutzung im Nigerdelta

Das erste Beispiel ist das Nigerdelta, das vor dem Hintergrund des Investitionsrechts sehr spannend ist. Shell war von einem nigerianischen Gericht zur Säuberung von Ölverschmutzungen verurteilt worden.



Das Schaubild 1 zeigt eine Karte des Nigerdeltas von Amnesty International. Sie markiert die Orte, an denen es durch die Firma Shell verursachte Ölverschmutzungen gab, mit Stand 2011. Die Verschmutzungen treten in der Regel auf, wenn Pipelines brechen. Oftmals verlaufen die Pipelines überirdisch. Lecks verursachen massive Umweltverschmutzung unabhängig davon, ob sie durch Konstruktions- und Wartungsmängel oder durch Sabotage zustande kommen.

Das Problem bestand schon vor 2011, hat sich aber im Betrachtungszeitraum weiter verschärft. Schaubild 2 stellt die von Shell zu verantwortenden Lecks 2017 dar.¹⁵ Die Farbe zeigt an, wie schwer diese Ölschäden sind – je dunkler, desto größer der Schaden.



¹⁵ Siehe für einen Überblick Isaac „Asume“ Osuoka, Niger Delta: Community and Resistance, in: Alternatives in a World of Crisis, hg. v. Miriam Lang, Claus-Dieter König and Ada-Charlotte Regelman, Global Working Group Beyond Development, 2. Aufl., Brüssel 2019, S. 18–47, online: <https://repositorio.uasb.edu.ec/bitstream/10644/7133/1/Lanq%2C%20M.-Alternatives%20in%20a%20world.pdf#page=19>.

Der Widerstand gegen die Ölkonzerne hat sich schon sehr früh formiert.¹⁶ Einen Höhepunkt erlebte er 1989 mit der Gründung des *Movement for the Survival of the Ogoni People (MOSOP)*. Bei den Ogoni handelt es sich um eine Bevölkerungsgruppe aus der Nigerdeltaregion, die stark von der Ölverschmutzung betroffen ist. Die Verschmutzungen verunmöglichen in vielen Fällen Landwirtschaft und Fischfang und entziehen den Menschen damit die Lebensgrundlage.

MOSOP erreichte einen sehr hohen Mobilisierungsgrad: Bei einer zentralen Demonstration waren 1993 mehr als 50% der Ogonis auf die Straße. Die Regierung reagierte repressiv – durch den massiven Einsatz von Militär und die Hinrichtung von Führungspersönlichkeiten.

Der Widerstand feierte trotz staatlicher Repression in den darauffolgenden Jahren immer wieder Erfolge. Es ist schwierig, eine klare Zeitleiste aufzuführen, weil es ein Nebeneinander vieler örtlicher oder regional begrenzter Widerstandsgruppen und verschiedener Beteiligter gibt. Über verschiedene Fälle hinweg sind aber die Erfolge auf juristischem Weg auffällig. Sowohl vor lokalen als auch vor internationalen Gerichten fordern Gruppen Gerechtigkeit ein, mit Blick auf die Umwelt, als auch angesichts von Menschenrechtsverletzungen. Im Februar 2021 wurde Shell beispielsweise vor einem niederländischen Gericht zu einer Entschädigung nigerianischer Bäuer*innen verurteilt.¹⁷

Begleitet werden Proteste im Nigerdelta von internationaler Solidarität, unter anderem durch Kundgebungen und Einladungen in internationale Gremien. Zudem unterstützen viele internationale NGOs und Basisgruppen den Widerstand.

Schiedsgerichtsbarkeit unter internationalen Investitionsschutzabkommen

Was macht das Beispiel Shell im Nigerdelta so spannend? 2010 wurde ein Fall von Ölverschmutzung vor dem obersten Gericht Nigerias, zu vergleichen mit dem Bundesverfassungsgericht, verhandelt. Dort hat es eine Verurteilung von Shell gegeben, mit der Auflage, 45 Millionen USD Entschädigung an betroffene Personen und für Aufräumarbeiten zu zahlen. Dies wurde 2020 durch die letzte Instanz bestätigt. Daraufhin hat Shell im Februar 2021 eine Klage vor dem internationalen Schiedsgericht der Weltbank ICSID ICSID (*International Centre for Settlement of Investment Disputes*) eingereicht.¹⁸

Es stellt sich die Frage: Was ist *Investor-State Dispute Settlement (ISDS)*, zu Deutsch die Streitbeilegung zwischen Investor*innen und Staaten? Gemeint ist das Einräumen direkter Klagemöglichkeiten ausländischer Investor*innen gegen Staaten. Bei den Urteilen, die von einem in der Regel ad-hoc zusammengesetzten dreiköpfigen Gremium gefällt werden, handelt es sich um letztinstanzliche Entscheidungen. Berufungen sind unter den meisten Regelungen nicht vorgesehen.

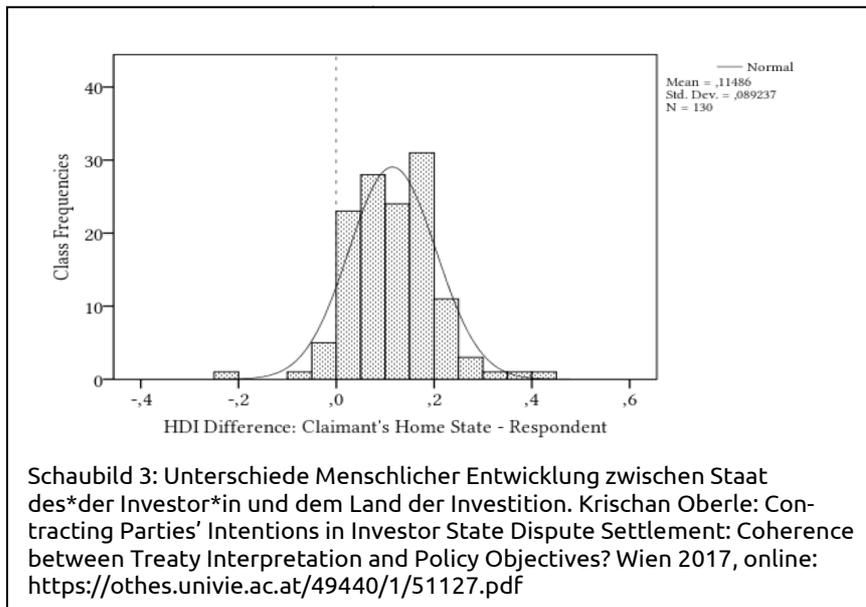
Im Zuge der Verhandlungen der transatlantischen Handelsabkommen *TTIP* (EU-USA) und *CETA* (EU-Canada) kam es zu Protesten in Europa mit einem klaren Schwerpunkt in Deutschland. Bürger*innen befürchteten, dass zukünftig US- oder kanadische Unternehmen Klagen gegen europäische Staaten erheben würden, wenn Europa oder EU-Mitgliedsstaaten zukünftig Regulierungen in Bereichen wie Umwelt- oder Arbeitsschutz einführen.

¹⁶ Siehe für einen Überblick Isaac „Asume“ Osuoka, Niger Delta: Community and Resistance, in: *Alternatives in a World of Crisis*, hg. v. Miriam Lang, Claus-Dieter König and Ada-Charlotte Regelmann, Global Working Group Beyond Development, 2. Aufl., Brüssel 2019, S. 18–47, online: <https://repositorio.uasb.edu.ec/bitstream/10644/7133/1/Lang%2C%20M.-Alternatives%20in%20a%20world.pdf#page=19>.

¹⁷ Amnesty International: Shell muss Entschädigungen zahlen wegen Umweltverschmutzung, 3.2.2021, online: <https://www.amnesty.de/informieren/aktuell/nigeria-shell-umweltverschmutzung-oel-entschaedigung-erfolg>

¹⁸ The Star: Shell files arbitration claim against Nigeria over spill dispute, 14.2.2021, online: <https://isds.bilaterals.org/?shell-files-arbitration-claim>

Warum sind die Investor-State Dispute Settlements problematisch?



So wichtig diese Proteste sind, so schwierig ist die mangelhafte Thematisierung einer postkolonialen Praxis, die insbesondere seit den 1990er Jahren an Fahrt aufgenommen hat. Insbesondere über bilaterale Investitionsabkommen (BITs) profitieren und profitieren Investoren mit Firmensitzen in globalen Norden von vielen direkten Klagemöglichkeiten gegen Staaten.

Schaubild 3 zeigt wie stark sich der Lebensstandard des Heimatstaats des Klagenden von dem der angeklagten Partei unterscheidet – im obigen Fall also beispielsweise der Unterschied zwischen den Niederlanden und Nigeria. Tatsächlich ist es so, dass in der Regel der Heimatstaat des klagenden Konzerns viel reicher ist als das Land, das darauf antworten muss. Abgebildet wird der Lebensstandard in der Grafik des Human Development Index. Der Index listet alle Länder der Welt auf einer Skala von 0 bis 1. Der durchschnittliche Unterschied von 0,1 entspricht in etwa dem Unterschied der Lebensrealitäten zwischen den Niederlanden und Rumänien. Es geht dementsprechend um große Gefälle. ISDS ist vor allem ein Instrument, das es Investoren*innen aus reichen Staaten erlaubt, gegen ärmere Länder zu klagen und deren lokale Gerichtsbarkeiten und Souveränität zu umgehen.¹⁹

Dabei geht es nicht nur um Reich gegen Arm, der post-kolonialen Kontext spielt auch eine Rolle. ISDS stabilisiert bestehende Machtstrukturen. 15 Einzelpersonen waren Schiedsrichter*innen an mehr als der Hälfte aller historisch zugänglichen Fälle beteiligt. Mit der Ausnahme einer *Weiß*en Frau und einem Mann aus Argentinien gehören ausschließlich *Weiß*e Männer aus dem globalen Norden diesem besonderen Club an.²⁰

Die Schiedsgerichtsbarkeit beruht in der Regel auf bilateralen Verträgen. Konzertierte Versuche aus dem Globalen Süden multilaterale Verträge zum Investitionsschutz zu erreichen scheiterten immer am Widerstand reicher Staaten.²¹

Arme Länder erhoffen sich von solchen Verträgen mehr Investitionen. Dabei herrscht auf dem nicht so freien sogenannten freien Markt enormer Konkurrenzdruck, was eine Spirale nach un-

¹⁹ Krischan Oberle: Contracting Parties' Intentions in Investor State Dispute Settlement: Coherence between Treaty Interpretation and Policy Objectives? Wien 2017, S. 46–49, online: <https://othes.univie.ac.at/49440/1/51127.pdf>

²⁰ Pia Eberhardt/Cecilia Olivet: Profiting from injustice: How law firms, arbitrators and financiers are fuelling an investment arbitration boom, Brussels and Amsterdam: Corporate Europe Observatory and the Transnational Institute, 2012, S. 8, 38-41, <https://www.tni.org/files/download/profitfrominjustice.pdf>

²¹ Oberle: Contracting Parties' Intentions, S. 26–32.

ten in Gang setzt. Arme Staaten stimmen in der Hoffnung, internationale Investitionen anzuziehen, ihren Interessen entgegenstehenden Bedingungen zu. Auch darf nicht vernachlässigt werden, dass dieses System bilateraler Investitionsabkommen in Reaktion auf antikolonialen Befreiungskrieg entstanden ist. Sie sind ein Werkzeug, um der Verstaatlichung kolonialer Industrien und Produktionen entgegenzuwirken.

Verzögerung richtungsweisender Reformen: der Chilling Effect durch ISDS

Autor*innen wie Tienhaara bringen in diesem Zusammenhang oft den Begriff des *chilling effect* ein.²² Im Fall des Nigerdelta kann es durch ISDS zu verschiedenen Verzögerungswirkungen kommen, die die Umwelt betreffen.

Dies zeigt sich auch durch das Beispiel des Tabakproduktherstellers *Philips Morris International*. Dieser hat sich über Jahre hinweg durch Länder geklagt, als Warnhinweise auf Zigarettenpackungen eingeführt wurden. Durch diese für die öffentliche Gesundheit wichtige Regulierung würden gerechtfertigte Gewinnerwartungen geschmälert. Tatsächlich hatte die Firma in mehreren Ländern mit dieser Strategie vor Schiedsgerichten Erfolg. In der Folge erhöhten sich die Kosten für Regierungen, Regulierungen vorzunehmen. Sinnhafte Regulierung kann so verzögert werden. Regierungen wissen mittlerweile um unkalkulierbare Risiken in diesem Bereich.

Derartige Klagen werden auch in Bezug auf Klimaanpassung oder Klimaregulierung befürchtet. Es gibt bereits mehrere Fälle in Bezug auf Umweltregulierung, wo Umweltgesetze zurückgezogen wurden, weil Staaten fürchten mussten, vor einem internationalen Schiedsgericht unkalkulierbaren Schadensersatzforderungen ausgesetzt zu sein.

Formal besteht keine Hierarchie zwischen Bereichen des Völkerrechts. Aus der Institutionalisierung heraus entsteht jedoch de facto ein Vorrang von Investitionsschutzrechts vor anderen Bereichen des Völkerrechts. Wie in keinem anderen Bereich besteht ein klarer Weg, wahrgenommene Verstöße einzuklagen. Dies ist beim Umweltrecht beispielsweise nicht so gegeben. Obwohl Schiedsrichtende in den Tribunalen sich auf Völkerrechtsnormen außerhalb des Investitionsrechts beziehen könnten, passiert dies nur in sehr wenigen Fällen. Eine menschen- oder umweltrechtliche Betrachtung der Sachverhalte würde oftmals zu anderen Richtsprüchen führen.²³

Letztlich kommt es hier durch Institutionalisierung zu einer Politisierung internationalen Rechts, mit einer klaren Verzerrung zu Gunsten der reichen Länder. Dies ist gerade für Länder des Globalen Südens ein großes Problem. Der Ausgang der Klagen ist auch nicht vorhersehbar. Es gibt unterschiedliche Entscheidungen zu gleichen Fällen über verschiedene Länder hinweg. Die oben erwähnte Klagestrategie von Philipp Morris hatte beispielsweise ausgerechnet im Fall von Australien keinen Erfolg. Da Tribunale ad hoc zusammengestellt werden, fallen Entscheidungen sehr unterschiedlich aus. Auch sind die Prozesskosten sehr hoch, genauso wie die Schadensersatzbestimmungen, gerade wenn es um die Bereiche Extraktivismus, Öl, Gas, Gold etc. geht.

Ein Beispiel aus Kolumbien verdeutlicht dies. Wegen der Einrichtung des Yaigojé Apaporis Nationalparks konnte der US-Investor Cosigo Resources die Konzession für eine Goldmine im Südosten Kolumbiens nicht wahrnehmen und forderte dafür Schadensersatzzahlungen von 16,5 Mrd. US-Dollar.²⁴ Käme das Urteil so zustande, entspräche das fast einem Fünftel der kolumbianischen Staatsausgaben von 2017. Es sind momentan weitere 15 Fälle vor internationalen Schiedsgerichten anhängig. Wenn man sich überlegt, was das für den deutschen Staatshaushalt ausmachen würde, wenn 17% Prozent der Gelder wegfielen, kann man sich in etwa vorstellen, wie groß der Druck auf die Länder ist, Regulierungen auch mal zurückzustellen. Da viele der Schadensersatz, vor allem im Bereich Extraktivismus, sehr hoch sind, enden viele Prozesse mit einer Beilegung. Im Grunde wird ein Vergleich geschlossen, wie beispielsweise im März 2021 mit den Atomenergiebetreibern in Deutschland. Sie hatten wegen des Atomausstiegs gegen

²² Kyla Tienhaara u.a.: Valuing Fossil Fuel Assets in an Era of Climate Disruption, 20.6.2020, online: <https://www.iisd.org/itn/en/2020/06/20/valuing-fossil-fuel-assets-in-an-era-of-climate-disruption/>

²³ Oberle: Contracting Parties' Intentions, S. 89–96.

²⁴ Cosigo Resources, Ltd., Cosigo Resources Sucursal Colombia, Tobie Mining and Energy, Inc. v. Republic of Colombia

Deutschland geklagt. Es wurden 2,43 Mrd. Euro veranschlagt.²⁵ Das sind immens große Summen, die natürlich von einem Staat wie Deutschland anders weggesteckt werden als von einem Staat, dessen Haushalt nicht so groß ist.

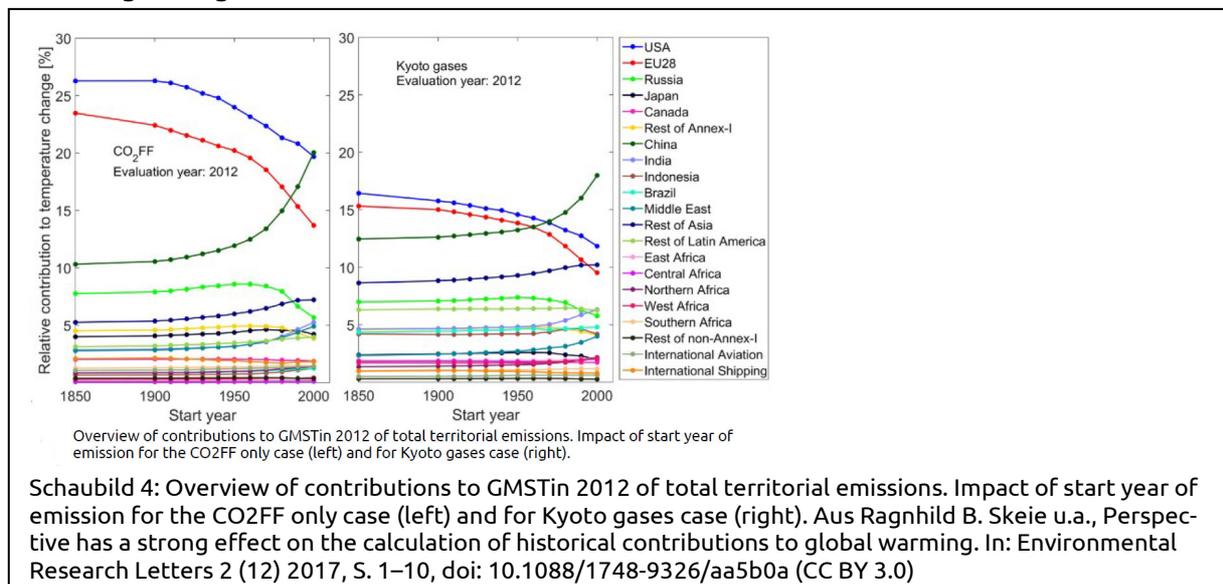
Zusammenfassend: Warum ist es wichtig, auf die Klimakrise mit einem post-kolonialen Analyse-rahmen einzugehen? Es existiert eine Strukturierung von Risiken, wie der Beitrag von Mechthild Becker schon in diesem Tagungsbericht gezeigt hat, und eine Verletzbarkeit entlang historischer Ausbeutungsverhältnisse. Die Risiken konzentrieren sich ebenso wie die Verletzbarkeit gegenüber beispielsweise extremer Wetterereignisse im globalen Süden. Wie die Beispiele im Bereich ISDS gezeigt haben, kann ein Land wie Kolumbien Schadensersatzforderungen nicht so einfach wegstecken wie Deutschland. Diese Gegebenheit verteilt sich entlang der Nord-Süd-Linie. Die Verursachung der Klimakrise läuft dagegen umgekehrt. Diese ist im Norden zu verordnen. Daraus folgt dann die Frage nach Klimagerechtigkeit.

„Nachhaltige Entwicklung“ und Konflikte

Warum ist eine nachhaltige Entwicklung wichtig? In den 1950er Jahren wurden Entwicklungstheorien als Blaupause vorgegeben, wie *die eine* Entwicklung zu laufen habe. Zur Kritik am Entwicklungsdiskurs ist der Vortrag von Dr. Boniface Mabanza zu empfehlen, der auf einem Studientag des BSV im Oktober 2020 sprach.²⁶

Relevant für diese Diskussion sind die SDGs, also die nachhaltigen Entwicklungsziele der vereinten Nationen. Diese sind im Kontrast zu ihren Vorgängern, den Millenniums-Entwicklungszielen, miteinander verknüpft. Die Ziele stehen nicht mehr nebeneinander, sondern sie greifen ineinander. In vorhergegangenen Beiträgen wurde bereits über die hohe Komplexität der Klimakrise berichtet. Es gibt keine direkten Linien, die gezogen werden können, von einer Dürre zu einem Konflikt oder auch andersrum von Konflikten zu Umweltschäden.

Nachfolgend geht es um die Verteilung von Verursachung und Auswirkungen von Umweltveränderung im Zuge des Klimanotstands.



risch, aber auch aktuell noch die größten Emittenten sind. China zieht mittlerweile bei der Verursachung von Temperaturanstieg mit. Wichtig ist: die Graphik zeigt totale, nicht pro Kopf-Emissionen.

²⁵ Tagesschau: Streit über Atomausstieg: Bund und Betreiber einigen sich auf Milliardenentschädigung, 5.3.2021, online:

<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/atomausstieg-entschaedigung-101.html>

²⁶ Dr. Boniface Mabanza: Keine Entwicklung ohne Frieden, kein Frieden ohne Entwicklung. 27.11.20, online: <https://www.youtube.com/watch?v=zNp6Zfe2Me8>

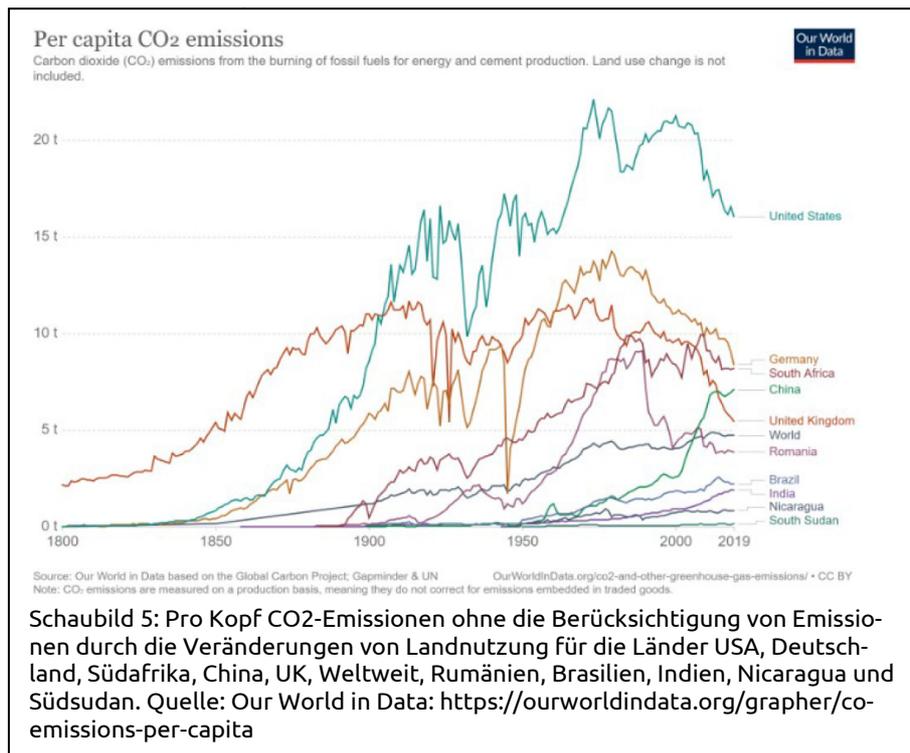


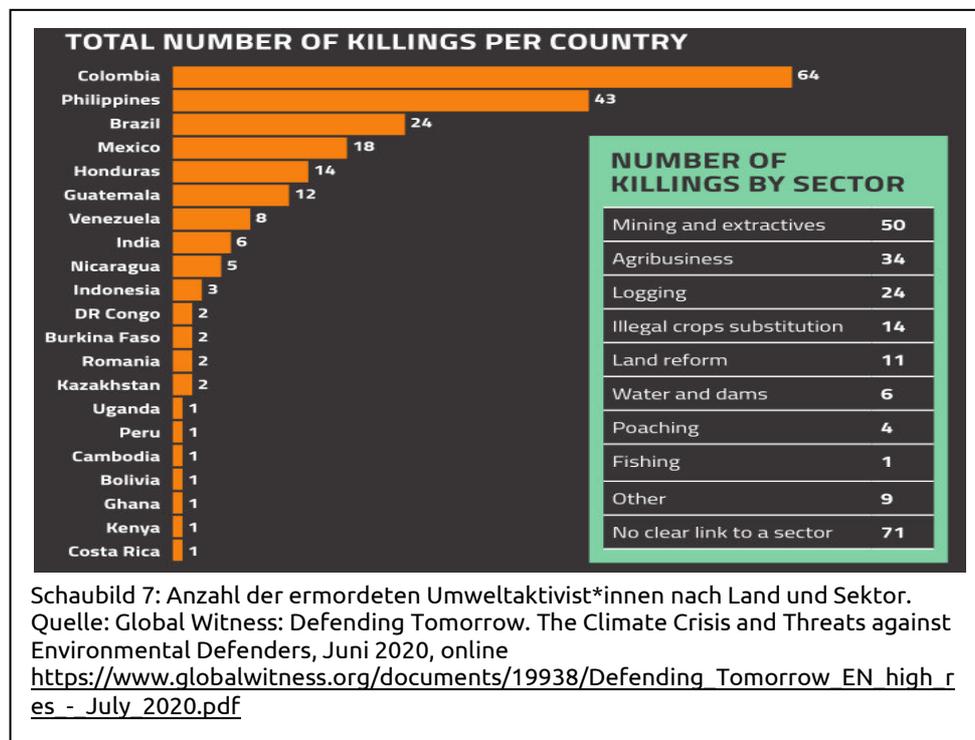
Schaubild 5 zeigt die Emissionsdaten pro Kopf gerechnet. Es zeigt deutlich, dass auch 2019 ein*e chinesische*r Bürger*in weitaus weniger CO₂ ausstößt als beispielsweise in Deutschland oder den USA. Auch diese Darstellung verdeckt einen klaren Blick auf die Anteile des Globalen Nordens am Klimanotstand. Dargestellt werden die CO₂-Emissionen, die durch Produktion, nicht Konsum von Personen verursacht werden. In China beispielsweise wird sehr viel mehr produziert als konsumiert.

Ranking 2019 (2018)	Country	CRI score	Fatalities	Fatalities per 100 000 inhabitants	Absolute losses (in million US\$ PPP)	Losses per unit GDP in %	Human Development Index 2020 Ranking ¹⁴
1 (54)	Mozambique	2.67	700	2.25	4 930.08	12.16	181
2 (132)	Zimbabwe	6.17	347	2.33	1 836.82	4.26	150
3 (135)	The Bahamas	6.50	56	14.70	4 758.21	31.59	58
4 (1)	Japan	14.50	290	0.23	28 899.79	0.53	19
5 (93)	Malawi	15.17	95	0.47	452.14	2.22	174

Schaubild 6: Die 2019 fünf am stärksten von Risiken der Klimakrise betroffenen Staaten und deren Rang im Vorjahr in Klammern. Germanwatch: Climate Risk Index 2020

Schaubild 6 zeigt als weitere Ergänzung zu den vorhergegangenen Beiträgen die Verteilung der Klimarisiken sowie den wirtschaftlichen Schaden als prozentualer Anteil des Bruttoinlandsprodukt des jeweiligen Landes. Zu sehen sind die fünf im Jahr 2019 am stärksten von Klimarisiken betroffenen Staaten. Auffällig ist, dass in diesem Ranking von Germanwatch auch die Resilienz und die Möglichkeit von Anpassungen an neue Umweltbedingungen und Extremwetterereignisse sichtbar werden. Die wirtschaftlichen Schäden, die Japan 2019 durch Klimarisiken erlitten hat, waren in totalen Zahlen um einiges höher als beispielsweise in den Bahamas. Gleichzeitig

wird deutlich, dass Japan mit 0,53 Prozent des Bruttoinlandsprodukts viel weniger Schwierigkeiten hat, sich an diese Verluste anzupassen. Hier wieder das Stichwort Vulnerabilität. Die Statistik führt auch direkte Tote aus Extremwetterereignissen mit auf.



Nicht nur die direkten Risiken durch Extremwetterereignisse sind im globalen Süden konzentriert. Auch politische Gewalt im Zusammenhang mit Umweltveränderungen im Zuge des Klimawandels findet vor allem hier statt. Schaubild 7 zeigt, dass Aktivismus für globale Gerechtigkeit, für Menschenrechte, für die Umwelt und für das Klima gefährlich sein können. Der *Defending Tomorrow* Bericht von *Global Witness* listet auf, wie viele Umweltaktivist*innen im Jahr 2019 ermordet wurden. Es ist zu sehen, dass sich die Morde auf ganz wenige Länder sehr stark konzentrieren. Auf der einen Seite hängt dies stark mit der gewaltvollen Geschichte der einzelnen Länder zusammen, gerade in Kolumbien. Dort sind sehr viele Waffen im Umlauf. Auf der anderen Seite liegt dies an großen Projekten beispielsweise in Bezug auf die Philippinen und dortigen Palmölplantagen.

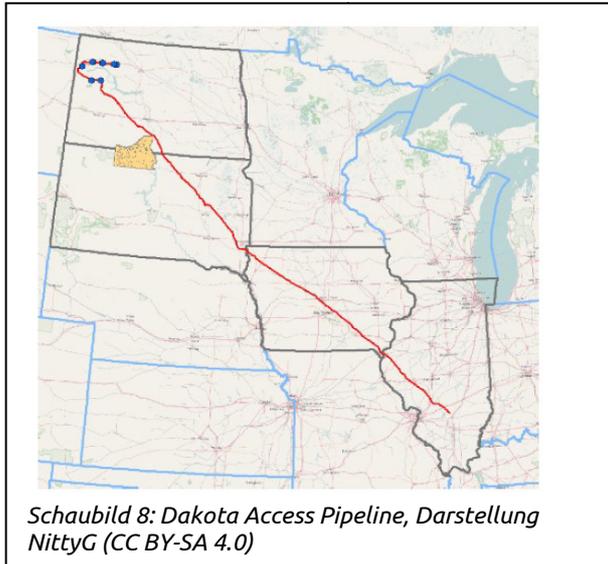
Risiken vorbeugen und Folgen abfedern

Wie kann solchen Risiken vorgebeugt werden oder die Folgen abgefedert werden? Maßnahmen können und müssen auf allen Ebenen stattfinden. Eine Schlüsselrolle kommt dabei den Sozialen Bewegungen zu.

Ein Beispiel ist die nicaraguanische Organisation CEJUDCAN, die an an der Atlantikküste Nicaraguas die Rechte der Schwarzen Afro-Karibischen und indigenen Bevölkerungen verteidigt – insbesondere deren Landrechte. Probleme ergeben sich daraus, dass bewaffnete*Sieder*innen über Brandrodung illegal neue Ackerflächen erschließen und organisierte Gruppen illegal geschlagenes Holz an lokalen und internationalen Märkte absetzen. Oftmals verfügen die betroffenen Menschen nicht über offizielle Besitztitel für das Land, das sie bewohnen. Durch die Beschaffung entsprechender Papiere besteht Handhabe gegen Landraub. Zudem organisiert CEJUDCAN konkreten Schutz für betroffene Personen. Das ist notwendig, weil in den vergangenen Jahren immer wieder Aktivist*innen ermordet oder verschleppt wurden.

Darüber hinaus arbeitet die Organisation auch zu geschlechtsbasierter Gewalt. *Lottie Cunningham*, Präsidentin der Organisation, hat im Jahr 2020 für ihre Arbeit den *World Livelihood Award*, den „alternativen Nobelpreis“ gewonnen. CEJUDCAN ist über die Risiken hinaus, die der Klimaaktivismus mit sich bringt, auch von den Klimafolgen ganz direkt betroffen. Um Weih-

nachten 2020 herum war die Organisation von gleich zwei tropischen Wirbelstürmen, Iota und Eta, getroffen worden und musste danach ihre eigentliche Arbeit pausieren. Ein zweites Beispiel ist die Dakota Access Pipeline, die von Norddakota nach Iowa Öl liefern soll.



Auf Schaubild 8 ist sie mit einer roten Linie eingezeichnet. In Gelb zu sehen ist die sogenannte *Standing Rock Reservation*. Der Begriff ist aufgrund seines kolonial-rassistischen Ursprungs äußerst problematisch. Mit Reservation ist eigentlich ein Schutzgebiet gemeint, tatsächlich handelt es sich hierbei um einen Schutzraum für Teile der indigenen Bevölkerung Amerikas. Er verschleiert die genozidale europäische Expansion in Amerika. Da es sich um einen Rechtsbegriff handelt, kommen wir um die Bezeichnung für das Gebiet nicht herum. Teile der Bevölkerung der *Standing Rock Reservation* leistet Widerstand gegen das Projekt, weil die Pipeline unter einem See hindurch geleitet werden sollte, welcher der Bevölkerung dort als Wasserreservoir dient. Gleichzeitig werden auch heilige Orte durchquert.



Schaubild 9 zeigt „Happy American Horse“, eine Person der Sicangu Nation, während einer gewaltfreien Protestaktion. Er kettete sich an einen Bagger, der an dem Bau der Pipeline beteiligt ist. Die Bauerlaubnis wurde im Jahr 2016 erteilt. Daraufhin kam es zu einer starken Solidarisierung, zuerst durch anderen First Nations und später US-weit und international. Menschen kamen vor Ort, um in Zeltlagern zu leben und die Bauarbeiten zu blockieren. Im Jahr 2017 konnte ein Erfolg erzielt werden, der Bau wurde unterbrochen. Ein paar Monate später erließ aller-

dings Donald Trump ein präsidentielles Dekret und einen Gerichtsentscheid überschrieben; die Pipeline wurde daraufhin fertig gebaut. Es wurde aber weiter juristisch gegen die Pipeline vorgegangen. So musste ein Umweltgutachten erstellt werden.¹² Im Juni 2021 wurde das Projekt endgültig von der neuen Regierung Biden gestoppt.²⁷

An den Protesten gegen die Pipeline waren viele Gruppen beteiligt, unter anderem auch die internationale Nichtregierungsorganisation Nonviolent Peaceforce (NP). Sie bot parallel zu den Blockaden Trainings an zu Zivilem Peacekeeping, also dem Schutz von Zivilist*innen durch Zivilist*innen vor Gewalt. Darüber hinaus bot sie Schutzbegleitung an und baute Schutz-Netzwerke und Kommunikationsräume auf. Letztere sollten die Empathie stärken und dazu befähigen, sich in Andersdenkende hineinzusetzen. Menschen mit verschiedenen Auffassungen in der stark polarisierten Diskussion im die Dakota Access Pipelin sollten miteinander Gespräche führen können.

Der Beitrag hatte mit der Einordnung des Klimanotstands und daraus entstehenden Konflikten in eine post-koloniale Rahmung und den Diskurs um Nachhaltige Entwicklung begonnen. Am Beispiel von ISDS wurde exemplarisch deutlich, dass Machtstrukturen über das formelle Ende der Kolonialreiche hinaus über Investitionsrecht bis heute zementiert werden. Andere augenfällige Beispiele lassen sich finden: das Handelsrecht oder Staatsschulden, um nur zwei zu nennen. Darüber hinaus wurde klar, dass die Verursachung und Folgen des Klimanotstands entlang post-kolonialer Machtlinien ungleich verteilt sind. Während Emissionen sich im Globalen Norden konzentrieren, sind an erster Stelle Bevölkerungen des Globalen Südens von Auswirkungen durch Extremwetterereignisse und politischer Gewalt betroffen. Die Beispiele aus Nicaragua und der USA verdeutlichen darüber hinaus die Bruchlinien innerhalb von Gesellschaften. Schwarze und indigene Gruppen waren in beiden Fällen besonders von Landraub und Umwelttrisiken betroffen, wohingegen europäischstämmige Mehrheitsbevölkerungen weitaus weniger vulnerabel sind.

Aus der ungleichen Verteilung von Verursachung und Risiken ergeben sich auch die Schwerpunkte für Aktivismus.

Koloniale Kontinuitäten sind bei der Analyse des Klimanotstands und dessen Bewertung nach ethischen Kriterien mitzudenken. Solidarität mit den am stärksten Betroffenen ist angesagt; eine selbstkritische Haltung und die Bereitschaft zur Reflexion der eigenen Beteiligung sind unerlässlich.

Krischan Oberle ist Bildungsreferent beim Bund für Soziale Verteidigung.

²⁷ NZZ: Umstrittenes Öl-Pipeline-Projekt Keystone XL endgültig gescheitert, online: <https://www.nzz.ch/wirtschaft/umstrittenes-oel-pipeline-projekt-keystone-xl-endqueltig-gescheitert-ld.1629657>

4. Umweltfolgen von Rüstung, Krieg und Militär

Prof. Dr. Jürgen Scheffran

Wurden bislang die Folgen des Klimawandels für Krieg und Frieden beleuchtet, stelle ich die umgekehrte Frage nach den Umweltfolgen von Rüstung, Krieg und Militäreinsätzen. Beide Themen hängen unmittelbar zusammen, wenn Klimawandel zu Konflikten führt, die wiederum Klimarisiken verstärken.²⁸

Umweltzerstörung durch Krieg

Umwelt wurde in der Geschichte immer wieder für kriegerische Zwecke manipuliert und eingesetzt. Als Beispiel dient der Dreißigjährige Krieg, der ganze Landstriche verheerte, Felder verbrannte, Gewässer vergiftete, Land unbrauchbar macht, um der Bevölkerung und gegnerischen Truppen die Existenzgrundlage zu entziehen. Eine Politik der verbrannten Erde ist in der Geschichte immer wieder zum Einsatz gekommen. Dabei war auch die Umwelt immer wieder ein Ziel, teilweise um die Bevölkerung zu treffen, teilweise war es eine unbeabsichtigte Nebenfolge. Katastrophal war die Zerstörung von Deichen, um Landstriche zu überfluten, z. B. im Zweiten Japanisch-Chinesischen Krieg 1938 oder 1943, als die Staudämme von Eder und Sorpe durch Alliierte bombardiert wurden. Im Ersten Weltkrieg sind hunderttausend Menschen durch den Gaskrieg getötet worden und es wurden große Landstriche durch den Krieg verwüstet. Im Zweiten Weltkrieg gab es Flächenbombardements, Schiffswracks, die Verminung von Land und Ozeanen. Während des Kalten Krieges hatte die Aufrüstung massive Auswirkungen auf die Umwelt, durch radioaktive Verseuchung oder die Kontaminierung von Meeres- und Landökosystemen. Das hat bis heute tiefe Narben in der Natur hinterlassen. Ihre Beseitigung kostete Hunderte von Milliarden US-Dollar, in den USA und Russland oder der Sowjetunion.

Klimawandel als Risiko für bewaffneten Konflikt

Ob der Klimawandel ein Sicherheitsrisiko ist, hat möglicherweise auch Auswirkungen auf Militäreinsätze. Dazu gibt es einige Studien, die sich damit beschäftigen. Besonders hervorheben möchte ich einen Bericht aus dem Jahr 2007 aus der Perspektive des Militärs, der den Klimawandel als Sicherheitsrisiko ansieht und hier auch ein mögliches zukünftiges Aufgabenfeld für das Militär sieht.²⁹

Der wissenschaftliche Beirat „Globale Umweltveränderung“ (WBGU) der Bundesregierung hat gewarnt, dass Konflikte zunehmen können, wenn der Klimaschutz scheitert.³⁰ Und Michael Klare hat die Perspektive des Pentagons auf den Klimawandel in den Blick genommen und hierbei mögliche Aufgaben des Militärs in Krisen und Katastrophen zum Thema gemacht.³¹ Er schreibt, dass das Militär den Klimawandel als Bedrohung für die nationale Sicherheit der USA sieht und dies militärische Antworten auf den Klimawandel erfordert.

Eine Expert*innengruppe hatte in einem Artikel in „Nature“ die verschiedenen Verflechtungen zwischen Klimarisiko und Konfliktrisiko untersucht.³² Die Pfeile verlaufen dabei in beide Richtungen, vom Klima zum Konflikt und umgekehrt. Konfliktrisiken machen es schwieriger, mit den Problemen des Klimawandels umzugehen. Sie verschlechtern die Situation, wodurch es zu einem gegenseitigen Hochschaukeln kommen kann. Ob sich beide Probleme gegenseitig ab-

²⁸ Siehe weiter: Scheffran J (2019) Verbrannte Erde – Militär als Verursacher von Umweltschäden und Klimawandel. Friedensforum 01/2019, S. 32-44; Scheffran J (2020) Militärische Umweltzerstörung, Klimakrise und sozial-ökologische Transformation: Frieden und Nachhaltigkeit gehören zusammen. In: Henken, L (Hg.) Konfliktanalysen und Ansätze aus der Friedensbewegung. Kasseler Schriften zur Friedenspolitik, Junior-Verlag, S. 43-60.

²⁹ CNA Corporation (2007) National security and the threat of climate change. The CNA Corporation, Alexandria

³⁰ WBGU (2007) Sicherheitsrisiko Klimawandel. Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen. Berlin.

³¹ Klare M (2019) All Hell Breaking Loose: The Pentagon's Perspective on Climate Change. New York: Metropolitan Books.

³² Mach KJ et al. (2019) Climate as a risk factor for armed conflict. Nature 571, S. 193–197.

Arktis wird besser schiffbar, Öl- und Gasreserven werden leichter nutzbar und damit wird sie auch zu einem Konfliktgegenstand zwischen den großen Mächten Russland, USA, China und den europäischen Staaten. China ist auch an der Arktis interessiert. Deswegen hatte der frühere Außenminister Mike Pompeo bei dem Arctic Council 2019 Russland und China angegriffen, dass diese Interessen an der Arktis hätten, aber die eigenen Interessen der USA werden nicht angesprochen.

Der Zusammenhang zwischen Klimawandel und Sicherheit wird jetzt auch auf höchster Ebene diskutiert. Im Auswärtigen Amt gab es 2019 und 2020 Tagungen zu diesem Thema.³³ Dort trat auch der frühere Außenminister John Kerry auf, der jetzt unter Biden eine wichtige Funktion in der Klimapolitik der USA hat.

Klimawandel als Bedrohung

Im Friedensgutachten 2020 der Friedensforschungsinstitute³⁴ gab es einen Schwerpunkt zum Klimathema, in dem wechselseitige Verflechtungen zwischen Klima und Frieden gezeigt wurden. Eine vom Auswärtigen Amt geförderte Studie zeigte die verschiedenen Perspektiven der Mitglieder im UNO-Sicherheitsrat über den Zusammenhang von Klimawandel und Sicherheit. Die Bestrebungen der Bundesregierung, zu dem Thema eine gemeinsame Resolution in den Sicherheitsrat einzubringen, waren nicht erfolgreich gewesen.

Zunehmend gibt es auch im sicherheitspolitischen Bereich Interesse am Klimathema, etwa im Rahmen der Planetary Security Initiative, die von der niederländischen Regierung eingerichtet wurde. Hier wird der Klimawandel als Bedrohung und als Bedrohungs-Vervielfacher angesehen, zunehmend auch von militärischer Seite, die für ein stärkeres Engagement des Militärs plädieren.

Es gibt zahlreiche Studien und Organisationen wie zum Beispiel der International Military Council on Climate and Security (IMCCS), der mit vielen Berichten an die Öffentlichkeit getreten ist, um den Einfluss des Klimawandels auf das Militär, damit verbundene Risiken und mögliche Reaktionen aufzuzeigen.³⁵ Zunehmend werden zukünftige Sicherheitsbedrohungen und Konfliktpotentiale des Klimawandels ausgemacht, von der NATO bis zum Pentagon.

Verbindungen zwischen Klima und Militär

Was sind die möglichen Verbindungen zwischen Klima und Militär? Zum einen trifft der Klimawandel militärische Einrichtungen durch Stürme, Überschwemmungen und Meeresspiegelanstieg. Betroffen sind Küstenstrukturen sowie die Einsatzfähigkeit des Militärs in Gewaltkonflikten weltweit. Auch sind militärische Anlagen gefährdet, die selbst wieder Risiken in sich bergen, wie zum Beispiel Chemie- und Nuklearanlagen oder Raketeneinrichtungen, die Klimafolgen unter Umständen verstärken. Ein Beispiel war ein Unfall bei einem Raketentest auf dem Schießplatz der Bundeswehr bei Meppen 2018, wodurch das Moor in Brand gesetzt wurde, das dann wochenlang brannte. Entsprechende Probleme gab es im gleichen Jahr in Kalifornien, wo Waldbrände militärische Nuklear- und Raketentestanlagen gefährdeten.

Militär gegen die Umwelt- und Klimakrise?

Wie stellt sich das Militär selbst gegen die Klimakrise auf? Vielfach wird Militär bereits im Katastrophenschutz eingesetzt, unter Verwendung eigener Ressourcen, Personal und technischer Systeme wie Satelliten, Drohnen und Kommunikationssysteme, etwa bei Stürmen, Überschwemmungen oder Waldbränden, was mit zunehmendem Klimawandel an Bedeutung gewinnt. Auch im Naturschutz kommt gelegentlich Militär zum Einsatz, zum Beispiel für die Sicherung von Nationalparks gegen Wilderer (etwa in Ruandas Akagera-Nationalpark und Gorongosa in Mosambik).

Die klassischen Einsatzmöglichkeiten betreffen die militärische Sicherung von eigenen Ressourceninteressen oder Handelsrouten, die durch den Klimawandel bedroht sind. Der Weg ist

³³ Siehe Homepage der Berlin Climate and Security Conference: <https://berlin-climate-security-conference.de>.

³⁴ Baumgart-Ochse C et al. (Hg.) (2020) Friedensgutachten 2020 – Im Schatten der Pandemie: letzte Chance für Europa. Bielefeld: transcript.

³⁵ Siehe <https://imccs.org>.

dann nicht weit zur Teilnahme des Militärs an bewaffneten Konflikten oder der Unterdrückung sozialer Unruhen. Mit zunehmendem Klimawandel könnten entsprechende Konfliktfelder und Operationen des Militärs an Bedeutung gewinnen.

Grenzen der Rüstung in der vollen Welt

Wäre es kontraproduktiv, auf militärische Reaktion gegen den Klimawandel zu setzen. Dies dürfte die Probleme eher noch verschärfen und die Spirale von Zerstörung und Gewalt anheizen. Krieg, Rüstung und Militär gehören zu den größten Umweltzerstörern und verbrauchen erhebliche Ressourcen. Bei bestimmten Rohstoffen ist das Militär einer der größten Nutzer, gerade wenn es um knappe Rohstoffe geht. Das Militär verschmutzt die Umwelt, allein in den USA gibt es 39.000 kontaminierte Standorte. Radioaktive Stoffe und Chemikalien belasten die Umwelt, und die Menge der vom Pentagon produzierten Toxine ist etwa 5-mal so hoch wie die der größten amerikanischen Chemieunternehmen. Die militärische Landnutzung beeinträchtigt die Lebensqualität der Menschen, Militärfahrzeuge und Kriegseinsätze können Böden und Infrastrukturen zerstören. Bislang gibt es keine umfassende Abschätzung für die Umweltrisiken militärischer Systeme.

Die Klimafolgen des Militärs sind seit 2019 verstärkt in den Blick geraten. Es ist durchaus bekannt, dass das Militär stark von Öl abhängig ist und eben auch die militärischen Einsätze zur Durchsetzung von Öl- und Gasinteressen eine große Rolle spielen. Diese Abhängigkeit von Öl und Gas und anderen fossilen Brennstoffen führt dazu, dass das Militär selbst ein großer Emittent ist. Alleine das Pentagon setzt etwa so viele CO₂-Emissionen frei wie manche Staaten, genannt wurden jährlich rund 60 Millionen Tonnen. Umweltbelastend sind auch die hohen Rüstungsausgaben von weltweit etwa 2.000 Milliarden US-Dollar, die nicht für Umwelt- und Klimaschutz oder andere Zwecke verwendet werden können.

Die Ausgaben für Umweltschutz sind dagegen sehr gering, auch in Deutschland. Das gesetzte Ziel der NATO und Deutschlands, 2% des Bruttoinlandsprodukts für Rüstung auszugeben, widerspricht dem 1,5 - 2°C-Ziel der Temperaturbegrenzung. Der Gegensatz zwischen Rüstung und Klima hat bereits politische Debatten beeinflusst. So hat DIE LINKE einen eigenen Bericht vorgestellt und Resolutionen in den Bundestag eingebracht, in dem die Gefahren des Militärs für Umwelt und Klima dargestellt werden.³⁶ Andere fordern, das Militär solle umweltfreundlicher gestaltet werden, weniger Emissionen verursachen, die Ressourceneffizienz verbessern oder auch verstärkt erneuerbare Energien einsetzen. Die GRÜNEN haben das jüngst aufgenommen, indem sie vorgeschlagen haben, die Bundeswehr durch weniger Emissionen klimafreundlicher zu machen.³⁷ Auf „grüne Kriege“ zu setzen, wäre aber kaum im Sinne der Friedensbewegung.

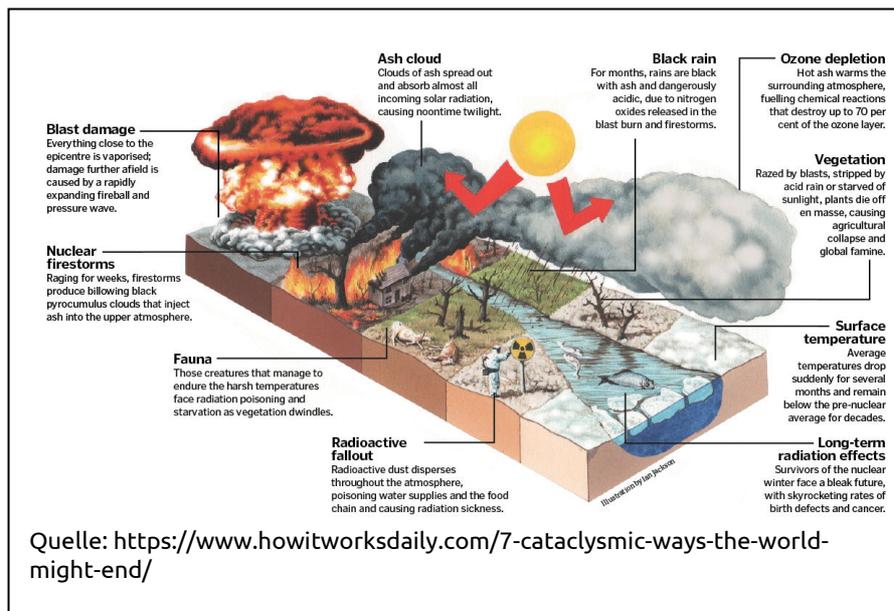
Atomwaffen und Atomenergie

Es gibt viele Verflechtungen zwischen Klimawandel und nuklearen Risiken.³⁸ Würden fossile Energien verstärkt durch Atomenergie ersetzt, würde dies das Risiko der Verbreitung von Atomwaffen verstärken, was auch eine erhebliche Umweltbelastung durch Radioaktivität mit sich bringt. Direkte Folgen einer Nuklearexplosion sind die entstehende Druckwelle, die Strahlenwirkung und der Feuerball. Des Weiteren werden Umwelt und Natur über Jahrzehnte oder sogar länger belastet, durch die Beeinträchtigung von Böden, Gewässern und Vegetation, der Ozonschicht und des Klimas.

³⁶ Das Militär: Tödlich auch für Umwelt und Klima. DIE LINKE im Bundestag (2020).

³⁷ Beitrag der Bundeswehr gegen die Klimakrise stärken – CO₂-Ausstoß der Streitkräfte deutlich reduzieren und konsequent erfassen. DIE GRÜNEN, Deutscher Bundestag, Drucksache 19/20787, 03.07.2020.

³⁸ Scheffran J, Burroughs J, Leidreiter A, van Riet R, Ware A (2016) The Climate-Nuclear Nexus – Exploring the linkages between climate change and nuclear threats. World Future Council.

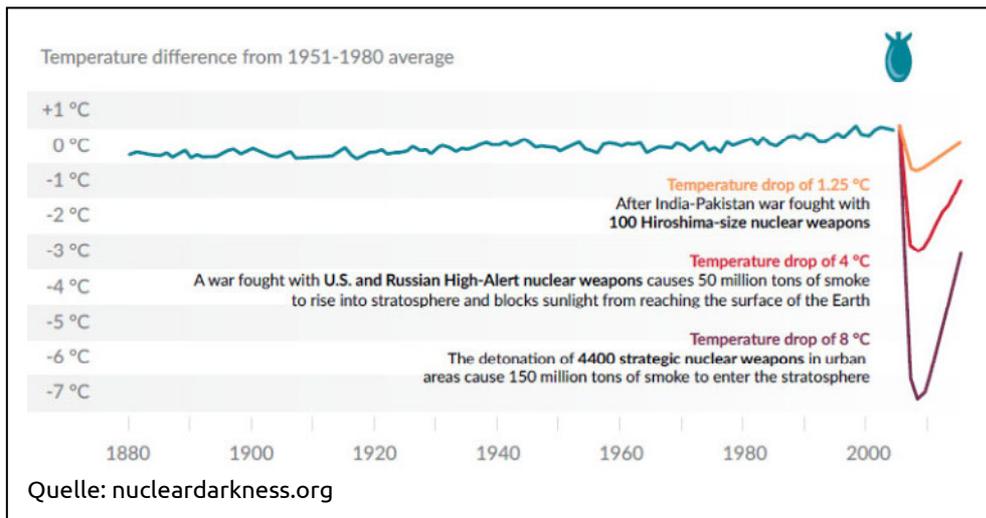


In den 1950er und 60er Jahren wurden im Rahmen des Plowshare-Projekts Pläne für zivile Bauprojekte entwickelt, in denen Atomwaffenexplosionen eingesetzt werden sollten, um beispielsweise Häfen auszuheben. Hinter diesen Vorhaben steckte vor allem der Erfinder der Wasserstoffbombe, Edward Teller, der sich im Kalten Krieg für technologische Aufrüstung einsetzte. So war er starker Befürworter der Strategic Defense Initiative (SDI) in den 1980er Jahren, in die viele Milliarden US-Dollar geflossen sind, um ein Raketenabwehrsystem mit Hilfe von land-, see-, luft- und weltraumgeschützten Waffensystemen zu errichten, die das Land vor Atomwaffenangriffen schützen soll.

Der Einsatz einer bestimmten Zahl von Atomwaffen transportiert große Mengen von Stoffen in die Atmosphäre, wodurch die Wahrscheinlichkeit eines nuklearen Winters zunimmt, der zu einer drastischen Abkühlung der Atmosphäre führt, was seit den 1980er Jahren diskutiert wird. Dies könnte geschehen, wenn es zu einigen hundert Atomwaffenexplosionen käme, etwa in einem Krieg zwischen Indien oder Pakistan. Die Folge wäre eine Abkühlung von mehreren Grad und eine deutliche Verminderung der Ozonschicht.³⁹ Auf der Grafik sind die kurzfristigen Abkühlungen durch den Atomkrieg im Vergleich mit den langfristigen Erwärmungen durch den Klimawandel zu sehen. Ein nuklearer Winter hätte extreme Folgen, die von einer Hungerkatastrophe bis zum Aussterben der Menschheit gehen könnten, je nachdem wie stark sich die Erde durch den Atomkrieg abkühlt.

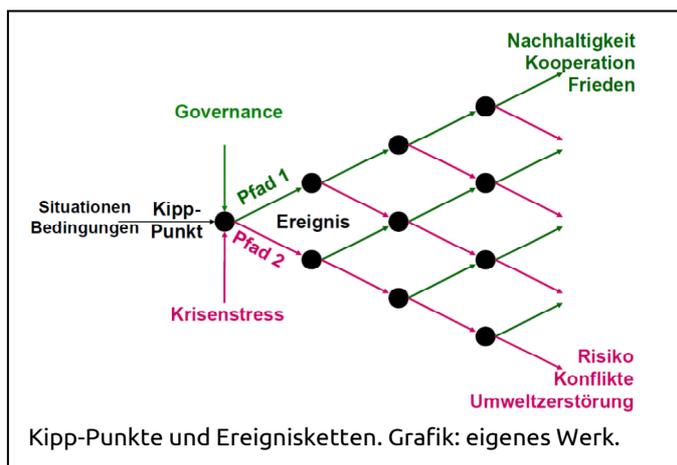
Proteste gegen Atomwaffen hat es, besonders im pazifischen Raum, schon lange gegeben, besonders auf den Marshallinseln, wo die USA in den 1940er und 1950er Jahren durch Atomwaffentests das Bikini-Atoll zerstörten und kontaminierten. Die Reste der Atomexplosionen wurden damals von den USA auf den Inseln in Beton gegossen, aber mit steigendem Meeresspiegel werden diese nuklearen Überreste überflutet und gefährden die Bewohner der Region durch den potenziellen Austritt nuklearer Substanzen. Ein steigender Meeresspiegel gefährdet den Lebensraum der Inselbewohner*innen insgesamt, die sich gegen die doppelte Bedrohung durch Atomrüstung und Klimawandel zur Wehr setzt. Dieses Beispiel zeigt sehr deutlich, welche Zusammenhänge zwischen Klima und nuklearem Risiko bestehen und welchen Einfluss diese beiden Thematiken aufeinander haben.

³⁹ Mills, Toon, Lee-Taylor, Robock: Earth's Future (2014): *Multidecadal global cooling and unprecedented ozone loss following a regional nuclear conflict.*, [doi:10.1002/2013EF000205](https://doi.org/10.1002/2013EF000205)



Geoengineering ist keine Lösung

Eine weitere Idee, die Edward Teller unterstützte, war die des Geoengineering, die dabei helfen sollte, das Klimasystem trotz hoher Emissionen zu stabilisieren. Vorgeschlagen wurde, bestimmte Substanzen wie Schwefeldioxid in die Stratosphäre zu bringen, damit diese das Sonnenlicht abblocken und so eine Erwärmung abschwächen. Dieses Programm stellte Tellers Protégé Lowell Wood bei einer Konferenz von Klimaforscher*innen 2006 vor.⁴⁰ Bis heute ist dieses Programm stark umstritten, auch weil eine Umsetzung zu Gegenmaßnahmen führen könnte, die einer Art Wettrüsten und Konflikte im Klimabereich auslösen könnte. Dies zeigt, dass jenseits von Kipp-Punkten der Klimawandel eine Kette negativer Ereignissen anstoßen kann, die auf einen abschüssigen Pfad zu mehr Risiken, Konflikten und Umweltzerstörung führen. Andererseits können auch positive Kipp-Punkte ausgelöst werden, die Prozesse und/oder Lösungsansätze in Richtung Nachhaltigkeit, Kooperation und Friedenssicherung in Gang setzen. Die Frage ist, ob letztlich negative oder positive Entwicklungen dominieren, die in Konkurrenz zueinander stehen.



Abrüstung und soziale Bewegungen gegen den Klimanotstand

Statt auf militärische Reaktionen und nachträgliches Krisenmanagement gegen den Klimawandel zu setzen, wodurch die Probleme noch verschlimmert und negative Kipp-Punkte verstärkt werden, sind vorbeugende Ansätze zur Problemvermeidung besser geeignet. Statt die Opfer des Klimawandels wie Klimavertriebene als Sicherheitsbedrohung anzusehen, die abzuwehren

⁴⁰ Scheffran J (2019) The entwined Cold War roots of missile defense and climate geoengineering. Bulletin of the Atomic Scientists, Vol. 75 (5), S. 222-228.

sind, brauchen diese Schutz und die Möglichkeit, zu Problembewältigung beizutragen. Eine Rolle spielt auch die Abrüstung, die Kosten der Aufrüstung vermeidet und die Mittel zur Lösung des Klimaproblems und zur nachhaltigen Friedenssicherung verwendet. Es gibt viele Ideen und Konzepte, um diese Probleme zu lösen, neben der Abrüstung auch die Rüstungskonversion, die Ressourcen- und Emissionsminderung dazu. Eine erfolgreiche Umsetzung erfordert die Zusammenarbeit auf internationaler Ebene.

Seit 1972 gibt es verschiedene Bestrebungen in diese Richtung. So gibt es in den Vereinten Nationen zum Beispiel die Initiative „Schutz der natürlichen Umwelt in bewaffneten Konflikten“, die sich regelmäßig zum Austausch trifft und schon mehrere Berichte veröffentlicht hat, um Umweltzerstörung durch Gewalt und Krieg zu vermeiden. Wie auf juristischer Ebene mit solchen Themenzusammenhängen umgegangen werden kann, damit setzt sich der internationale Gerichtshof auseinander. Bislang sind diese Veröffentlichungen erst wenig bekannt, auch wenn sie für die Umwelt- und Friedensbewegung sehr wichtig sind.

Trotzdem gibt es immer mehr Initiativen, die sich diesem Thema widmen und aktiv werden. Die Bewegung „climate emergency“, bei der Kommunen und Städte europaweit genauso wie das britische Parlament und das EU-Parlament den Klimanotstand ausgerufen haben, erhält viel Aufmerksamkeit. Ein weiteres bekanntes Beispiel ist „Fridays For Future“, die sich seit Ende 2018/ Anfang 2019 mit Hilfe von Schulstreiks in Form von Demonstrationen massiv für Umweltschutz einsetzt.

Dabei findet immer mehr Zusammenarbeit zwischen der Friedens- und Umweltbewegung statt, auch gemeinsame Veranstaltungen zur doppelten Bedrohung von atomarem Aufrüsten und dem drohenden Klimawandel. Wie zu Beginn erwähnt gibt es viele Zusammenhänge zwischen diesen beiden Themenbereichen, die voneinander abhängen und sich gegenseitig beeinflussen. Hierzu gehört der Einfluss fossiler und nuklearer Energieformen, die durch eine nachhaltige Energiewende zu erneuerbaren Energiequellen überflüssig würden.

Die Themen der Klima- und Umweltfolgen genauso wie die der Rüstung und Militär werden uns auch noch in Zukunft begleiten und nicht an Relevanz verlieren.⁴¹ Wichtig ist hierbei, nicht den Mut zu verlieren und immer weiter für die eigenen Überzeugungen und Wünsche einzustehen.

Prof. Dr. Jürgen Scheffran, Forschungsgruppe Klimawandel und Sicherheit (CLISEC), Universität Hamburg.

Diskussion

Frage: Wie können die durch das Militär verursachten CO₂ Emissionen in das Pariser Klimaabkommen integriert werden?

Scheffran: Aufgrund von Widerständen wurden diese Emissionen lange nicht berücksichtigt. Mit den Verhandlungen über das Pariser Klimaabkommen 2015 wurde begonnen, auch militärische Emissionen einzubeziehen.

Frage: Wie unterschiedlich sind die klima- und umweltwissenschaftlichen Perspektiven über Konflikte in der Klimakrise?

Scheffran: Seit über drei Jahrzehnten interessiere ich mich für die Zusammenhänge von Umwelt und Frieden, auch in meiner Zeit am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung. Die Frage von Klimawandel und Sicherheit erhielt erst seit etwa 2007 eine größere Aufmerksamkeit und rückte sie in den Mittelpunkt der wissenschaftlichen und politischen Debatten.

Die Verbindung muss in beide Richtungen gedacht werden. Aus der Klimaperspektive geht es darum, die Klimafrage zu lösen, damit sie nicht zu einer Frage von Krieg und Frieden wird. Aus der Friedensperspektive geht es um die Vermeidung und Bewältigung von Konflikten, um die Risiken des Klimawandels nicht zu verschärfen. Dazu ist gemeinsames und internationales Handeln in der Klima-, Außen- und Friedenspolitik erforderlich.

⁴¹ Siehe hierzu das Themenheft: Umwelt, Klima, Konflikt – Krieg oder Frieden mit der Natur? Wissenschaft und Frieden (2020-4): online im Internet: <https://wissenschaft-und-frieden.de/index.php?mid=0&pid=11&jvar=173>

Da die verschiedenen Perspektiven der Friedensforschung und der Klimaforschung ihre Berechtigung haben, ist es wichtig zu differenzieren und die Positionen zusammenzubringen. Alles auf den Klimawandel zurückzuführen ist genauso begrenzt wie einen Klimaeinfluss auf Sicherheit und Frieden zu bestreiten. Die Wahrheit liegt in der Mitte. Wie groß der Einfluss des Klimas auf die Konflikte der Welt ist, da gehen die Meinungen bislang auseinander.

Frage: Ist das Nato-Ziel von 2%-Rüstungsausgaben mit dem Pariser Klimaziel von 1,5 Grad vereinbar?

Scheffran: Es ist klar, dass das für Rüstung ausgegebene Geld nicht für andere Zwecke zur Verfügung steht. Die Rüstungsausgaben sind in den vergangenen Jahren immer weiter gestiegen, auf nunmehr rund zweitausend Milliarden US-Dollar. Mit dieser gewaltigen Summe könnte die Klimakrise eingedämmt werden und damit auch damit verbundene Konflikte, für die dann auch kein militärischen Maßnahmen benötigt werden. Diese Verbindungen zu untersuchen, da gibt es noch Forschungsbedarf.

Notizen aus der Arbeitsgruppe zum Thema Umweltfolgen von Rüstung, Krieg und Militär

Ist der Glaube an das Militär in der Bevölkerung verankert? Es gibt in der Bevölkerung eine weitgehende Abneigung gegen Krieg, der Wunsch nach Abrüstung ist gesellschaftlich stark verankert. Politik und Massenmedien versuchen den Eindruck zu erwecken, das Bekenntnis zum Militär sei eine Voraussetzung für eine Regierungsbeteiligung auf Bundesebene. Statt eines präventiven Managements wird auf Krisenmanagement gesetzt, was Militäreinsätze rechtfertigt.

Die Kritik an Themen wie Rüstung, Militär und Krieg und die dazugehörigen Diskussionen und Debatten drohen in Verschwörungstheorien abzudriften (Coronaleugnung, Klimaleugnung), worunter ihrer Seriosität leiden könnte.

Die Emissionen des Militärs könnten den jeweiligen Ländern angerechnet werden. Bei Militärbasen wie Ramstein könnten die Emissionen zwischen dem Betreiber (USA) und dem Gastgeberstaat (Deutschland) aufgeteilt werden, die gleichermaßen dafür verantwortlich sind. Dies könnte eine gemeinsame Forderung von „Fridays For Future“ und der Friedensbewegung sein, auf Grundlage wissenschaftlicher Ergebnisse.

Wie kann mit Emissionen in Friedensmissionen oder UN-Flüchtlingslagern umgegangen werden? China hat beispielsweise im Südsudan Solarbeleuchtungen und solarbetriebene Duschen installiert. In solchen Situationen steht die Minimierung von Umweltbelastungen nur selten im Fokus.

EU-Aufrüstung (Friedensfazilität) und Rüstung gegen Klimaflüchtlinge sind auch nicht außer Acht zu lassende Probleme. Auch wenn EU-Missionen nicht direkt gegen Flüchtlinge gerichtet sind, ist es doch indirekt das Ziel die Fluchtströme noch vor dem Mittelmeer zu stoppen. Dabei werden die Klimafolgen dieser Einsätze von den Regierungen in keiner Weise berücksichtigt. Zusätzlich ist das Militär hierbei sehr ineffizient und bekämpft nur die Symptome, nicht die Ursachen.

Trotzdem wird das Militär als Möglichkeit zur Sicherung des westlichen Lebensstils angesehen, die Emissionen von Panzern und Kampfflugzeugen werden zur Nebensache. Ist der Verweis auf ökologische Diversität auf Truppenübungsplätzen und Konversionsflächen, die ökologisch wertvoll sind, nur greenwashing, um das Militär in ein besseres Licht zu stellen?

Der vom Bundestag im Oktober 2020 eingerichtete Bürgerrat aus zufällig ausgewählten Bürger*innen wurde zum Thema „Deutschlands Rolle in der Welt“ in Online- und persönlichen Gesprächen befragt.⁴² Ein Zitat aus der Zusammenfassung: „Deutschland soll in der Rolle einer „Partnerin und Vermittlerin“ mehr Verantwortung in der Welt übernehmen. Im Zentrum des Auftretens sollen Nachhaltigkeit, Klimaschutz, Wahrung der Menschenrechte sowie Frieden und Sicherheit stehen. Dafür muss die deutsche Politik zunächst den eigenen Ansprüchen gerecht werden.“

⁴² . Das Gutachten dazu erschien am 19.03.2021. Nachzulesen unter: <https://deutschlandsrolle.buergerrat.de/fileadmin/downloads/buergergutachten2021.pdf>

5. Kohle, Rüstung und die Rolle deutscher Finanzinstitute

Kathrin Petz

Zum Einstieg ein Zitat von Dr. Vandana Shiva, die gesagt hat: „It is not an investment, if it is destroying the planet“. Es ist keine Investition, wenn es den Planeten zerstört. Das ist für uns, von urgewald, eine sehr spannende Definition von Investment.

Anders ist es wenn man mit der Finanzwelt spricht, da zählt weniger die Zukunftsfähigkeit, als die Rendite im Hier und Jetzt.

Vandana Shiva wurde 1952 in Indien geboren, sie ist Wissenschaftlerin und Aktivistin und hat für Engagement im Bereich Umweltschutz diverse Auszeichnungen und 1991 den alternativen Nobelpreis erhalten. Wir bei urgewald teilen die Worte von Frau Vandana Shiva.

Kurz zur Vorstellung von urgewald⁴³. Urgewald ist eine Menschenrechtsorganisation. Unser Ansatz ist „*follow the money*“, also „*folge dem Geld*“. Wir untersuchen, wo die Finanzierungen von Banken und Investoren sozial oder ökologisch bedenkliche Auswirkungen haben, um diesen Geschäften dann letztendlich den Geldhahn zuzudrehen. Das können Projekte sein wie zum Beispiel der Bau eines Kohlekraftwerks oder auch ein Atomkraftwerk.

Urgewald wurde 1992 gegründet und hat mittlerweile um die 40 Mitarbeit*innen. Wir finanzieren uns über Spenden und Förderanträge bei diversen Stiftungen. Unsere Hauptbeschäftigung ist vor allem die Recherche; gerade die Finanzindustrie ist eine große Blackbox. Urgewald sucht aber auch den Dialog mit Unternehmen und Banken. Gleichzeitig machen wir auch politisches Lobbying und Kampagnen, bei denen wir Verbraucher*innen auffordern, sich zu beschweren und das Anliegen auf die Straße zu tragen.

Wir möchten zum einen schädliche Projekte verhindern, aber damit wir nicht von Projekt zu Projekt springen müssen, streiten wir vor allem für verbindliche Richtlinien im Finanzwesen, d.h. dass Banken Richtlinien dafür einsetzen, wo sie ihr Geld investieren und wo nicht, d.h. an welche Unternehmen sie Kredite vergeben und an welche nicht. Das hat dann auch eine Signalwirkung an die Industrie. Wir machen das, weil wir der Ansicht sind, dass Banken nicht nur Geld geben, sondern auch eine soziale und ökologische Verantwortung dafür tragen, wo das Geld landet. Dies wird manchmal viel zu sehr vernachlässigt. Da müssen auch die Banken immer wieder dran erinnert werden. Unser Augenmerk liegt vor allem auf den Themen Rüstung und Kohle.

Urgewald versucht seit längerem die Themen Frieden und Klimawandel zu verbinden. Wir rasen momentan auf die Klimakatastrophe zu. Sie stellt die Zukunft der jungen Generation auf diesen Planeten in Frage, weshalb diese weltweit auf die Straßen geht. Die Zeit ist ziemlich knapp, das Ruder noch herumzureißen. Wir wissen eigentlich, was getan werden muss, d.h. die Wissenschaft weiß das, es müssen jetzt nur noch die Taten folgen. Deswegen sind diese beiden Themen so essenziell.

Der aktuelle *Sipri-Bericht*⁴⁴ gibt Auskunft über Rüstungsexporte im Jahr 2020. Diese sind weiter auf sehr hohem Niveau. Sie steigen tendenziell weltweit, auch in Deutschland. Deutschland hat im Jahr 2020 21 Prozent mehr Ausfuhren erlaubt. Die wichtigsten Käufer Deutschlands in dem Jahr waren Südkorea, Algerien und Ägypten. In den vergangenen Jahren standen auch Saudi-Arabien und die Türkei immer wieder hoch auf der Liste. Länder die teilweise in Konflikte involviert sind und Länder, die von Autokraten regiert werden, bekommen deutsche Rüstungsgüter.

Richten wir den Blick nochmal auf die Umwelt, genauer die Kohle. Momentan ist sie eine der wichtigsten Treiber der Klimakrise, genauer die Verbrennung von Kohle für die Stromgewinnung. Sie ist für rund ein Drittel der bisherigen Erwärmung verantwortlich. Das Pariser Klimaziel legt fest, die globale Erwärmung auf höchstens 1,5 Grad zu deckeln - manche sagen auch 2 Grad. Man mag denken, das sei wenig, aber die Unterschiede zwischen 1,5 und 2 Grad sind immens. Es kommen irgendwann, je höher die Erwärmung wird, die Gefahren der Kipppunkte, wodurch noch mehr außer Kontrolle geraten kann, immer näher. Die Vorgaben für die Kohle aus dem Pariser Klimaabkommen sind ziemlich eindeutig. Nach Berechnungen von *climate*

⁴³ <https://urgewald.org/>

⁴⁴ <https://sipri.org/>

analytics, heißt das für OECD Länder ein Kohleausstieg bis 2030. Bis dahin müssen diese Länder⁴⁵ aus der Kohle ausgestiegen sein, alle anderen bis 2040. Deutschland möchte erst bis 2038 aus der Kohle aussteigen, hier sieht man schon mal, dass es politisch gerade noch nicht reicht. Zusätzlich dazu dürfen keine neuen Kohlekraftwerke mehr gebaut werden. Der UN-Generalsekretär António Guterres betont auch unermüdlich, dass es keine Investitionen mehr in neue Kohlekraftwerke geben dürfe, wenn das Klimaziel erreicht werden soll.

Wir von Urgewald haben den Kohleausstieg bis 2030 einem Praxischeck unterzogen. Dabei kam heraus, dass weniger als 3% der Firmen der globalen Kohleindustrie überhaupt einen Ausstiegsplan haben. Die Industrie macht bis dahin im Prinzip weiter wie bisher. Auch werden trotz des Pariser Abkommens neue Kohlekraftwerke gebaut. Seit 2015 sind 137 Gigawatt Kohlekapazität dazugekommen und weitere 522 Gigawatt sind in Planung. Sie werden nicht alle realisiert werden, aber 190 Gigawatt sind bereits im Bau. Das heißt, es gibt einen riesigen Unterschied zwischen dem, was wir brauchen, um das Klimaziel zu erreichen und dem, was in der Industrie momentan passiert oder was die Kohleindustrie plant.

Wo ansetzen, wer ist verantwortlich?

Für Urgewald gibt es drei Ansatzpunkte: Politik, Unternehmen und Banken. Die Politik trägt die Verantwortung, ambitionierte Ziele im Klimabereich, aber auch im Rüstungsbereich zu setzen. Die politischen Grundsätze sagen zwar, dass Rüstungsausföhren an Länder, die in Krisen involviert sind, nicht erlaubt werden sollen, es geschieht aber trotzdem. Da braucht es auf jeden Fall striktere Vorgaben.

Von den Unternehmen erwarten wir nicht viel Änderung aus sich heraus. Für ein Unternehmen wie Rheinmetall, Deutschlands größtes Rüstungsunternehmen, laufen die Geschäfte gut, wenn sie die Rüstung überall hin exportieren dürfen. Besonders natürlich dort, wo Kriege herrschen, denn dort ist die Nachfrage groß.

Im Kohlebereich ist ein großes Unternehmen in Deutschland die RWE. Sie ist Europas größter Klimakiller.

Als dritten Ansatzpunkt haben wir die Banken. Ihr Kerngeschäft sind weder Rüstung noch Kohle, aber sie geben Gelder auch in diese Industrien. Unser Ansatz ist es, dort anzusetzen und zu versuchen, den Geldhahn zuzudrehen. Denn egal, ob Eurofighter oder Kohlekraftwerk, diese Projekte sind sehr teuer und Firmen finanzieren das nicht bzw. zumindest nicht komplett aus der eigenen Tasche, sondern sie brauchen dafür auch Geld von den Banken.

Wie bekommt ein Unternehmen Geld?

Nehmen wir das Beispiel des Kohlekraftwerkes. Wir haben hier die erste Tür, die rote Tür, das ist der Projektkredit. Da schließen sich meistens mehrere Firmen zusammen und sagen, sie wollen ein Kohlekraftwerk bauen und beantragen dafür einen Kredit. Das wird dann sehr, sehr intensiv von der Bank geprüft. Denn wenn es zu Ausfällen kommt, dann ist das Kohlekraftwerk als Haftung da. Die Bank gibt also Geld für ein Einzelprojekt, an dem meistens noch eine Projektgesellschaft beteiligt ist.

Dann gibt es den Firmenkredit. RWE zum Beispiel sagt: Wir brauchen Geld für Expansionen. Da gibt es die Möglichkeit eines allgemeinen Firmenkredits. Meistens haben diese den Kredittitel *General-Purpose* oder *Expansion* oder *Forschung*. In diesem Fall haftet die Firma, wenn etwas schiefgeht, mit ihrem eigenen Vermögen.

Als Drittes gibt es noch Anleihen und Aktien, um an neues Geld zu kommen. Unternehmen können neue Aktien ausgeben oder Anleihen aufnehmen, die dann an den Markt gegeben und von anderen gekauft werden. Dafür brauchen sie dann auf jeden Fall eine Bank, die ihnen bei der Ausgabe der Wertpapiere hilft.

In jedem Fall, egal welchen Weg das Unternehmen wählt, um das Kohlekraftwerk zu bauen, es muss bei einer Bank anklopfen. Entweder direkt, um nach Geld zu fragen oder um zu sagen: „Bitte platzieren Sie unsere Aktien an der Börse“.

Urgewald war 2019 mit Fridays for Future zusammen bei der Hauptversammlung der Deutschen Bank. Dort sprach Luisa Neubauer über die Kohleinvestitionen und Finanzierung von Koh-

⁴⁵ Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ist eine internationale Organisation mit 37 Mitgliedstaaten vor allem aus Europa, Nordamerika sowie Australien.

le durch die Deutsche Bank. Die Deutsche Bank aber sagt: Wir stellen gar keine Finanzierung für den Bau neuer Kohlekraftwerke bereit. Das ist ein klassisches Phänomen, das immer auch auf Hauptversammlungen geschieht. Man fragt ziemlich detailliert nach einer bestimmten Sache und bekommt eine ziemlich generelle Antwort. Was sie nur gesagt haben ist, dass sie nicht den Bau neuer Kohlekraftwerke finanzieren. Ein Projektkredit für ein Kohlekraftwerk ist bei der Deutschen Bank, aber auch bei anderen deutschen Banken, demnach nicht mehr möglich. Trotzdem gibt es in unseren Recherchen ganz viele Firmen, die noch neue Kohlekraftwerke bauen. Diese erhalten Kredite von der Deutschen Bank und auch der Commerzbank und das läuft dann einfach über Firmenkredite. Das heißt, auf der einen Seite sind die Banken total streng und sagen nein, wir finanzieren nicht den Bau neuer Kohlekraftwerke, aber auf der anderen Seite sagen sie, wir finanzieren gerne die Firmen, die neue Kohlekraftwerke bauen, damit haben wir kein Problem. Sehr viel unserer Arbeit dreht sich darum, diese Feinheiten aufzudecken, zu sagen, wenn niemand neue Kohlekraftwerke finanziert, wie kann es dann sein, dass noch so viele geplant sind und auch realisiert werden.

Urgewald und auch andere arbeiten international daran, zu recherchieren. Das hat auch Wirkung. Ein Beispiel ist der Vizepräsident von Adaro Power, eines großen und global agierenden Kohleunternehmens, der in einer Kohlekonferenz, bei der alle unter sich waren, mal gesagt hat: „Es wird immer schwieriger, eine Finanzierung für Kohlekraftwerksprojekte zu finden, da viele europäischen Banken und Versicherer die Kohle ausschließen, und die Japaner fangen nun an, es ihnen nachzumachen.“⁴⁶

Wie genau kommt das Geld in die Kohle oder in die Rüstung?

Wir haben am Anfang die Bank oder auch den Fonds, wo ich mein Geld anlege. Entweder gibt die Bank einfach Direktkredite an Kohle- und Rüstungsunternehmen oder sie kauft Anleihen oder Aktien. Das machen vor allem Fonds. Sie geben auch Anleihen und Aktien von den Firmen aus oder legen sie in Banken an, die auch wieder Aktien und Anleihen davon kaufen. Für Sparrer*innen ist das Ganze sehr, sehr intransparent. Diese haben kaum eine Chance, zu verstehen, was eigentlich dort passiert, weil darüber nicht viel gesprochen wird. Wirft man einen Blick auf die Webseiten oder die Geschäftsberichte der Banken, bekommt man den Eindruck, dass sie wahnsinnig grüne Unternehmen seien, die sehr, sehr viel Erneuerbares finanzieren, weil dies die Investitionen sind, über die sie sprechen. Über den Rest, also Rüstung oder Kohle, wird nicht gesprochen.



⁴⁶ <https://www.reuters.com/article/us-asia-coal-finance-idUSKCN1TQ15B>

Diese Momentaufnahme zeigt, was die deutschen Banken eigentlich finanzieren. Wir haben in der ersten Spalte die Finanzierung der globalen Kohleindustrie. Finanzierung heißt für uns Kredite an die Firmen, Projektkredite oder die Ausgabe von Aktien und Anleihen. Da hat die Deutsche Bank in den letzten zwei Jahren, von Oktober 2018 bis Oktober 2020, 6,4 Mrd. Euro in Form von Krediten und Ausgabe von Aktien und Anleihen an die globale Kohleindustrie gegeben. Bei der Commerzbank waren es 5.5 Mrd. Euro und bei den Sparkassen waren es, alle Sparkassen zusammen genommen, 1,5 Mrd. Euro. Bei den Sparkassen ist die Kohleindustrie nicht ganz so global vertreten, sondern es sind vor allem RWE und EnBW, also die deutschen Unternehmen in diesem Feld, die mit den Sparkassen Geschäfte machen.

Die mittlere Spalte zeigt die Finanzierung von ausgewählten Rüstungsunternehmen in einem bestimmten Zeitraum. Diese Zahlen sind keine absoluten Zahlen. Wir können immer nur einen bestimmten Zeitraum und für bestimmte Unternehmen untersuchen, was wir da für Kredite finden. Zum Beispiel nahmen wir die zehn größten von SIPRI benannten Rüstungsunternehmen und stellen sicher, dass die fünf größten deutschen auch dabei sind. In dem Beispiel hier war es der Zeitraum von 2015 bis 2017. Für ihn prüfen wir, was diese Banken an diese Unternehmen gegeben haben.

In der letzten Spalte sind die Finanzierung und Beteiligung von Atomwaffenherstellern zu sehen. Diese Zahlen stammen von ICAN. Sie bringen alle zwei Jahre den Bericht *Don't Bank on the Bomb*⁴⁷ heraus. Diese Finanzierungsbeteiligungen sind von 2017 bis 2019 (Deutsche Bank 5,7 Mrd. Euro; Commerzbank 1,1 Mrd. Euro; Sparkassen-Landesbanken 0,6 Mrd. Euro).

Globale Kohle- und Rüstungsindustrie

Kommen wir zurück zu unserer Arbeit zur globalen Rüstungs- und Kohleindustrie. Wir hatten, weil es unheimlich viele Ankündigungen von Investoren und von Banken gab, dass sie aus der Kohle aussteigen (die erste kam von dem norwegischen Pensionsfonds), das Gefühl wir müssen es irgendwie überprüfen. Wir wollten prüfen, dass es keine Schein-Divestments sind, sondern dieser Ausstieg aus der Finanzierung oder aus den Halten von Aktien und Anleihen wirklich geschieht. Damit das auch effektiv ist und wirklich Wirkung zeigt und die gesamte Kohle erfasst, haben wir angefangen die *Global Coal Exit List* zu erstellen, weil es dafür überhaupt kein Kriterium gab. Wir haben ein Team von ca. 15 Leuten die jährlich alle Firmen weltweit prüfen und kontrollieren wer in Kohle involviert ist und wer nach dem Pariser Klimaziel ausgeschlossen werden muss. Dazu hat urgewald drei Kriterien entwickelt.

Das sind die Kriterien, die ein Unternehmen erfüllen muss, um kompatibel mit dem in Paris vereinbarten Klimaziel zu sein.

Am Ende haben wir dann weltweit 935 Unternehmen gefunden, die Banken und Investoren ausschließen müssen, um mit dem Pariser Klimaziel kompatibel zu sein.

Das heißt, bei der Kohle haben wir durch die jährlichen Berichte ein Bild davon, was Banken und Investoren machen müssen, um klimakompatibel zu sein. Bei der Rüstung fehlt uns das bisher noch. Wir sind dabei, eine Datenbank zu erarbeiten. Dabei geht es bei uns vor allem darum, besonders schlimme Rüstungsunternehmen auszuschließen, also kontroverse Waffen wie Atomwaffen, aber auch Unternehmen, die an Kriegs- und Krisengebiete liefern und Unternehmen, die an menschenrechtsverletzende Staaten liefern.

Die *Global Coal Exit List* dient auch dazu, aufzudecken, ob ein Unternehmen *Greenwashing* betreibt. Dies ist sehr beliebt in der Branche. Im Januar letzten Jahres hat Blackrock, einer der größten Investoren weltweit, gesagt: „Wir werden uns von Anlagen trennen, die ein erhebliches Nachhaltigkeitsrisiko darstellen, wie zum Beispiel Wertpapiere von Kohleproduzenten.“⁴⁸ Das hat sich erst einmal total gut angehört, aber anhand unserer Liste konnte man nachvollziehen, was das heißt. Die neue Kohlerichtlinie, die sie sich gegeben haben, betrifft im Prinzip nur 17% der weltweiten Kohleindustrie und ignoriert einen Großteil. Es existiert nun also ein Maßstab, was *grün* heißt und wer versucht, sich mal schnell ein grünes Mäntelchen umzulegen.

Wendet man unsere Kriterien bei den Banken an, kann man diese je nach Stand einordnen. Grün ist gut, gelb ist mittel und rot ist schlecht. International schneiden vor allem die Credit Agricole, Credit Mutuel und UniCredit gut ab. Das sind französische und italienische Banken.

⁴⁷ <https://www.dontbankonthebomb.com/>

⁴⁸ <https://www.blackrock.com/at/privatanleger/larry-fink-ceo-letter>

Financial institution	Projects	Developers	Relative threshold	Absolute threshold	Phase-out
+ BayernLB	8	0	1	0	0
+ Commerzbank	6	0	2	0	0
+ DekaBank	5	0	0	0	0
+ Deutsche Bank	8	1	1	0	0
+ DZ Bank	5	0	0	0	0
+ Helaba	8	0	1	0	0
+ LBBW	6	0	0	0	0
+ NordLB	5	0	0	0	0

Quelle: <https://coalpolicytool.org/>

Diese Abbildung zeigt die Situation in Deutschland. Die erste Spalte ist die Projektfinanzierung, von der ich am Anfang gesprochen hab, die rote Tür. Diese ist eigentlich bei allen ausgeschlossen, aber es gibt oftmals noch offene Hintertüren. Nichtsdestotrotz ist eine Projektfinanzierung eigentlich nicht möglich. Neue Kohlekraftwerke werden zwar nicht finanziert, aber wie viel Kohle Unternehmen abbauen, oder wie viel Megawatt Kohleanteil sie in ihrem Geschäft haben, das ist den Banken egal, da finanzieren sie einfach weiter.

	Finanzierung der Herstellung von Atomwaffen – Direkte Transaktionen	Finanzierung von Atomwaffenherstellern – Unternehmenskredite	Investitionen in/Beteiligungen an Atomwaffenhersteller/n
Deutsche Bank/Postbank	√	z.T.*	√
Commerzbank	√	z.T.*	√
DZ Bank	√	Keine Richtlinien	Keine Richtlinien
LBBW (inkl. LBBW AM)	√	√ (ab 5%)*	Keine Richtlinien
BayernLB (inkl. BayernInvest)	√	Keine Richtlinien	√ (BayernInvest)
Helaba	√	Keine Richtlinien	z.T. (für Eigenanlagen)
NordLB	√	Keine Richtlinien	Keine Richtlinien
SaarLB	√	√	√ (für Eigenanlagen und selbstgemanagte Fonds)
Allianz			z.T. (Ausschluss für Publikumsfonds in Deutschland)
DWS			Keine Richtlinien
Deka Investment			Keine Richtlinien
Union Investment			√

* Die Deutsche Bank, die Commerzbank und die LBBW schließen in ihren Richtlinien die Finanzierung von Atomwaffenherstellern aus, es sei denn, diese bestätigen, dass die zur Verfügung gestellten Gelder nicht für die Atomwaffengeschäfte des Konzerns genutzt werden und bei der LBBW zusätzlich noch nicht mehr als 5% des Umsatzes des Konzerns ausmachen.

Quelle: Deutsche Finanzinstitute und Atomwaffenhersteller: Richtlinienübersicht: Was ist verboten? <https://www.facing-finance.org/files/2021/01/DeutscheXBankenXundXAtomwaffenhersteller-XAusschlussXistXdieXbesteXVerteidigung-final.pdf>

Nochmals ein Blick auf die Rüstung. Diese Abbildung gibt eine Übersicht über Atomwaffenhersteller und was bei den deutschen Banken verboten ist. Die erste Spalte, „Finanzierung der Herstellung von Atomwaffen - direkte Transaktionen“ meint die Projektfinanzierung. Das ist verboten bei allen.

Dann die Finanzierung von Atomwaffenherstellern, zum Beispiel Airbus oder BAE Systems, Unternehmen die auch Atomwaffenhersteller sind. Die Deutsche Bank ist vor zwei Jahren relativ weit vorangegangen und hat ein Verbot ausgesprochen, wobei wohl auch massiver Druck von ICAN eine Rolle gespielt hat. Sie finanziert aber die Unternehmen noch, wenn klar ist, dass das Geld nicht in den Rüstungsbereich oder atomaren Bereich dieser Firmen fließt. Die SaarLB als Gegenbeispiel, zwar eine kleinere Bank, schließt dies aber komplett aus.

Die letzte Spalte ganz rechts, „Investitionen in / Beteiligungen an Atomwaffenherstellern“, ist für Banken nicht so relevant, sondern wird für die großen deutschen Investoren relevanter: Allianz, DWS, Deka Investments, Union Investments, das sind die großen deutschen Investoren und da ist Vorreiter Union Investments, die seit 2020 Investitionen und Beteiligungen an Atomwaffenherstellern ausschließt. Ihre Meinung dazu ist: Ausschluss ist die beste Verteidigung. Union Investments geht sehr offensiv vor. Sie haben zum Beispiel auch nicht mehr Airbus in ihren Publikumsfonds. Deka Investments und DWS, das Investmenthaus der Deutschen Bank, haben da keine Richtlinien. Die Allianz habe einen Ausschluss für deutsche Publikumsfonds, wurde uns immer gesagt. Wir haben das Ganze auch nochmal einem Praxischeck unterzogen, recherchiert, um nachvollziehen zu können, in welche Firmen die Gelder fließen.

	Finanzierung von Atomwaffenherstellern (Kredite und Ausgabe von Anleihen)	Investitionen in Atomwaffenhersteller (Aktien & Anleihen)
Deutsche Bank (inkl. Postbank)	Honeywell, BAE Systems, Airbus	
Commerzbank	BAE Systems, Airbus	Airbus
DZ Bank	Airbus, Honeywell	Honeywell
LBBW (inkl. LBBW AM)		Airbus, Honeywell
BayernLB (inkl. BayernInvest)	Honeywell, Airbus	
Allianz (inkl. Pimco)		BAE Systems, Airbus, Honeywell, Jacobs Engineering, Lockheed Martin
Deka Investment		BAE Systems, Airbus, Honeywell
DWS		BAE Systems, Airbus, General Dynamics, Honeywell, Huntington, Lockheed Martin, Jacobs Engineering
Union Investment		Honeywell

* Berücksichtigt werden hier Geschäftsbeziehungen über 5 Mio. Euro.
 Quelle: Deutsche Finanzinstitute und Atomwaffenhersteller: Richtlinienübersicht: Was ist verboten? <https://www.facing-finance.org/files/2021/01/DeutscheXBankenXundXAtomwaffenhersteller-XAusschlussXistXdieXbesteXVerteidigung-final.pdf>

Wie man der Abbildung oben entnehmen kann, finanzieren die deutschen Banken die Atomwaffenhersteller Honeywell, BAE Systems und Airbus. Bei den Investitionen in Atomwaffenhersteller findet man auch bei den Investoren ziemlich alle. Bei Union Investment findet man auch Honeywell, wir haben auch nachgefragt, warum sie trotz Ausschluss von Atomwaffen bei den Investitionen zu finden ist. Die Erklärung: Union Investment stuft Honeywell aufgrund von Prozentkriterien nicht als Atomwaffenhersteller ein.

Kathrin Petz ist Mitarbeiterin von urgewald e.V.

Diskussion

Frage: Gehört RWE zu den 935 Unternehmen, die Banken und Investoren ausschließen müssen, um mit dem Pariser Klimaziel kompatibel zu sein?

Petz: RWE ist dabei, denn sie liegen noch bei 45% Kohleenergie in ihrem Energiemix, und durch den Braunkohleabbau haben sie noch massige Abbaumengen, weshalb sie auf jeden Fall unter die 935 Unternehmen fallen. Das Problem gerade bei RWE ist, dass sie eine massive Greenwashing Kampagne betreiben. Sie stecken schon sehr viel Arbeit rein, um sich grün zu waschen, und die Investoren fallen darauf rein.

Frage: Welche Banken sind nicht belastet?

Petz: Bei den positiven Beispielen können wir immer die GLS Bank, Triodos Bank, Ethikbank und Umweltbank nennen, weil sie vor allem auch ein No-Go für Kohle und Rüstung haben und weil sie auch sehr transparent sind, was sie finanzieren und wo sie ihre Eigenanlagen haben. Wenn wir zu den Sparkassen und den Volksbanken kommen, dann würde ich immer sagen, das sind die besseren Alternativen und da kann man auch noch als Kund*in sehr gut Einfluss drauf nehmen. Da sind es vor allem die Landesbanken oder bei der Volksbank die Zentralbanken, die eher in den Industrien beteiligt sind.

Frage: Eine Frage zu den Sparkassen und ihren Dachorganisationen, denn die Sparkassen gehören ja zu 100% den Kommunen und unterliegen damit der Aufsicht der Politik. Die Kommunalpolitiker*innen sitzen alle in den Aufsichtsgremien der Sparkassen und könnten darüber natürlich Einfluss auf die Politik der Sparkassen nehmen, aber in den Sparkassen wird natürlich immer gesagt, wir machen nur saubere Geschäfte. Diese Details werden von den entsprechenden Sparkassen erst mal von den Hauptamtlichen weggewischt, aber da wäre doch eigentlich das richtige Feld, wo man was machen kann. Weil man wirklich alle Kommunalpolitiker*innen dazu ansprechen und darüber Einfluss nehmen kann. Gibt es da schon irgendwie Ansätze von Urgewald, gerade auf die Sparkassen Einfluss zu nehmen?

Petz: Das ist ein guter Ansatz, den Urgewald schon seit einiger Zeit verfolgt. Das Problem ist, dass es 400 Sparkassen in Deutschland gibt. Deswegen hat Urgewald dazu aufgerufen, als erstes als Kund*innen Druck auszuüben und die Diskussion in der Sparkasse zu entfalten. Da hat sich in dem letzten Jahr auch schon relativ viel getan, Sparkassen haben eine Klimaverpflichtung gegeben, die jetzt nicht viel Konkretes enthält, aber wo man sieht, sie sehen auch schon ihre Verantwortung.

Der erste Schritt sollte sein, als Sparkassen Kund*in das öfters mal anzusprechen, wenn man im Bankgespräch ist. Urgewald bietet auch eine E-Mail Vorlage oder Postkarte an, die man seiner Sparkasse schicken kann, mit Forderungen für den Rüstungs- und Kohlebereich. Der kommunale Ansatz ist auf jeden Fall total gut und wichtig. Urgewald sieht den Weg über Kommunalpolitiker*innen, aber es gibt immer Unterschiede, je nachdem aus welcher Partei sie kommen. Auch kann Urgewald nicht alle 400 Sparkassen kontaktieren.

Die Bundesregierung hat übrigens einen Sustainable-Finance-Beirat, der das Gemeinwohl der Sparkassen um die Klimafrage erweitern will.

6. Panel: Klimabewegung, Eine-Welt-Bewegung und Friedensbewegung

Mit:

Michael Nagel - Fridays for Future Hannover

Clara Tempel - Junges Netzwerk für politische Aktionen (JunepA)

Marcos Antonio da Costa Melo - Interkultur- und Eine-Welt-Promotor, Hamm

Moderation: Renate Wanie

Einleitung

Ziel des Panels war es, drei unterschiedliche Bewegungen kennenzulernen. Im Vordergrund standen hierbei die Stärken der jeweiligen Bewegungen, die Zusammenarbeit oder Kooperationen mit anderen Bewegungen beziehungsweise, warum vielleicht auch bewusst keine Zusammenarbeit stattfindet und wo sich Themenfelder der verschiedenen Bewegungen überschneiden.

Michael Nagel, Fridays For Future Hannover

Ich studiere Bildungswissenschaften an der Leibniz Universität in Hannover. 2019 habe ich Students For Future mitgegründet und bin darüber, weil diese beiden Gruppen in Hannover sehr eng zusammenarbeiten, zu Fridays For Future gekommen. Eine enge Zusammenarbeit der unterschiedlichen Untergruppen ist aber deutschlandweit nicht ungewöhnlich. In der Bewegung kümmere ich mich vor allem um die Vorbereitung von Aktionen, ein bisschen Öffentlichkeitsarbeit und was sonst noch ansteht, z.B. Demonstrationsvorbereitungen.

Die Initiative Fridays For Future ist mit dem Bestreiken der Schule von Greta Thunberg in Schweden entstanden. Einige Monate später verbreitete sich dieser Protest über die ganze Welt und fand überall Nachahmer*innen, die ihre Schulen bestreikten, um für Klimagerechtigkeit zu kämpfen. In Deutschland fanden die ersten Demos im Dezember 2018 statt. Im Januar 2019 gab es schon in 50 Städten Demonstration und auch die erste in Hannover. Im Laufe der Monate wurden die Demonstrationen immer größer, zum globalen Klimastreik am 20.09.2019 sind 1,4 Mio. Menschen auf die Straße gegangen. Corona hat im darauffolgenden Jahr die Situation natürlich, wie überall, erschwert. Beim globalen Klimastreik vor wenigen Tagen gab es zwar circa 200 Aktionen, aber vieles musste aufgrund der steigenden Inzidenz abgesagt werden. Auch in Hannover mussten wir unsere Demo aufgrund der hohen Inzidenzzahlen absagen, haben aber eine Bühne vor dem Landtag aufgebaut und unsere Redebeiträge über einen Livestream übertragen. Außerdem wurden mehrere hundert Plakate vor dem Gebäude abgelegt, um zu zeigen, dass wir noch immer viele sind, auch wenn wir gerade nicht zusammen auf die Straße gehen können.

Eine Stärke von unserer Bewegung ist natürlich die Aktionsform der Großdemos. Aber auch, dass wir zwar von jungen Menschen, also Schüler*innen und Student*innen, gegründet wurden, aber heute von vielen anderen Alters- und Berufsgruppen unterstützt werden. Mittlerweile wird die Bewegung von vielen Untergruppen getragen, wie Parents-, Grandparents-, Health- und Architects For Future. So wurde diese von jungen Menschen geprägte Bewegung Anlaufstelle für alle. Darüber hinaus finden sich Gruppen an unheimlich vielen Orten, nicht nur in großen Städten, sondern auch in Dörfern und Kleinstädten. Heute gibt es ungefähr 600 Ortsgruppen in ganz Deutschland. So dass im besten Fall immer eine Ortsgruppe in der Nähe eines Menschen ist, der aktiv werden möchte. Eine letzte Stärke ist, dass wir innerhalb unserer Bewegung eine wertschätzende Kultur pflegen und viel Wert auf Empowerment und Miteinander legen und versuchen, diskriminierungsfreie Räume zu schaffen.

Unsere politischen Ziele werden sehr klar formuliert. Das erste ist eine Politik, die dem 1,5 Grad-Ziel entspricht. Die Klimakrise muss mithilfe der Wissenschaft bekämpft werden. Wir fordern nichts Absurdes, sondern „nur“ die Anerkennung des aktuellen Standes der Wissenschaft. Scientists For Future haben dafür mittlerweile schon 27.000 Unterschriften gesammelt, die unsere Forderungen unterstützen. Ein weiterer Punkt ist Klimagerechtigkeit, was so viel bedeutet, dass wir nicht nur die Emissionen reduzieren, sondern das auch sozial und global gerecht machen müssen. Dafür gehen wir Bündnisse ein.

Zum Beispiel haben wir unsere Großdemo zum 20.09.2019 Jahren in einem breiten Bündnis stattfinden lassen. Da gehörten der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, das Friedensbüro Hannover und die Seebrücke genauso wie die Interventionistische Linke und Ver.di dazu. Es muss ein breites Feld sein, denn die Klimakrise ist eben nicht nur ein Umweltproblem, sondern gleichzeitig auch ein Menschheitsproblem, eine Gesundheitskrise und eine soziale Krise.

Bei Corona sehen wir, dass besonders Menschen, die sowieso schon in prekären Verhältnissen leben, besonders stark von der Krise betroffen sind. Ähnlich verhält es sich bei der Klimakrise. Hier ist besonders der globale Süden betroffen und damit Menschen, die nicht für die Krise verantwortlich sind, denn die Verantwortlichen leben im globalen Norden. Auch Frauen werden im Allgemeinen stärker von Krisen getroffen, das zeigen einige Studien. Ein Beispiel ist hierbei die Fluchtkatastrophe 2004 in Südostasien, zu der Oxfam eine Studie veröffentlichte, die aufzeigt, wie stark Frauen von Naturkatastrophen getroffen werden.

Die Klimakrise muss intersektional bekämpft werden, das ist die Bedeutung von Klimagerechtigkeit. Wir, das heißt Bewegungen aus den Bereichen des Umweltschutzes, der Menschenrechte, des Feminismus und des Antirassismus müssen zusammenarbeiten, um schneller mehr zu bewirken.

Clara Tempel, JunepA

Ich wohne in Flensburg und studiere dort im Master Transformationsstudien. 2013 gründete ich gemeinsam mit ein paar Anderen das Junge Netzwerk für politische Aktionen (JunepA). Der Gedanke dahinter war, dass wir unabhängig von einer älteren Organisation sein wollten und der Meinung waren, dass wir keine Dachorganisation brauchen, die uns vorschreibt, was wir machen dürfen und was nicht. Wir sind eine offene Gruppe von jungen Menschen, die zusammen politische Aktionen, vor allem Aktionen des Zivilen Ungehorsams, organisieren und durchführen. Darunter fallen Banneraktionen, Sitzblockaden und Besetzungen gegen Braunkohleabbau, Atomwaffen und Waldrodungen. Wir haben keinen thematischen Schwerpunkt, sondern beschäftigen uns mit den Themen, die uns gerade interessieren und auf dem Herzen liegen. Das wären zum Beispiel Klimagerechtigkeit, Antimilitarismus oder auch Anti-Atom, darüber hinaus noch kleinere Aktionen zu den Themen Feminismus, Antikapitalismus oder auch Antirassismus.

Dadurch, dass wir thematisch so breit aufgestellt sind, ist es schwer, spezifische Stärken zu nennen. Ich möchte mich deswegen auf Friedensbewegung und Klimagerechtigkeitsbewegung fokussieren, da wir uns dort am stärksten verorten.

Eine Stärke der Friedensbewegung ist definitiv ihre lange Vergangenheit. Dadurch konnte sie sich ein sehr breites Wissen und viele Fähigkeiten aneignen. Außerdem herrscht in dieser Bewegung eine bemerkenswerte Prinzipientreue, nicht von dogmatischer Art, sondern dass Menschen sehr überzeugt sind von dem, was sie tun. Für sie ist das nicht nur eine Aktionsform, sondern ein großer Teil ihres Lebens. Gewaltfreiheit ist eine Lebenshaltung, hinter der die Aktivist*innen mit ihrem Gesicht und Namen stehen.

Eine Stärke der Klimagerechtigkeitsbewegung ist, wie vorher schon angesprochen, ihre Vielfältigkeit. Sie ist eine sehr diskriminierungssensible Bewegung, die im Bereich des Rassismus und Sexismus auf jeden Fall schon deutlich weiter ist als die Friedensbewegung.

JunepA ist eine Schnittstelle zwischen den Bewegungen. Wir bemühen uns, immer wieder Bewegungen zusammen zu bringen und Begegnungen zwischen und mit ihnen zu ermöglichen, Räume zu öffnen, wo sie sich treffen können, egal, ob das zurzeit digital stattfindet oder wie vorher vor Ort. Wir gehen mit Aktivist*innen in den Austausch und machen aufmerksam auf Verknüpfungspunkte zwischen beispielsweise Krieg und Klimakrise.

Es braucht immer globales Denken und globale Perspektiven, um Probleme, die erst einmal nationaler Art zu sein scheinen, zu lösen.

Gleichzeitig sehe ich auch große Herausforderungen im Verbinden von Bewegungen, denn alle pflegen ihre eigene politische Kultur, das heißt, wie Entscheidungen getroffen werden, sich verhalten oder gesprochen wird. Das macht die Zusammenarbeit manchmal sehr schwer.

Marcos Da Costa Melo, Eine-Welt-Bewegung

Ich bin in einer dörflichen Region in Brasilien aufgewachsen. Aufgrund eines Staudammbaus musste meine Familie aus dem Landesinneren in die Stadt, Recife, fliehen. Dort besuchte ich später mit drei meiner zehn Geschwister die Universität und studierte Lehramt der Geschichte. 1988 machte ich meinen Abschluss. Im Jahr 1990 zog ich nach Deutschland und schloss 1998 mein Magisterstudium in Geschichte an der Universität Bielefeld ab. Im Anschluss arbeitete ich im Welthaus Bielefeld als Referent für Entwicklungsprojekte vor allem in Lateinamerika und Afrika. Seit 2005 bin ich Geschäftsführer von FUGe (Forum für Umwelt und gerechte Entwicklung) und Eine-Welt und Interkulturpromoter im Regierungsbezirk Arnsberg. Darüber hinaus bin ich ehrenamtliches Mitglied im Vorstand von KoBra (Kooperation Brasilien), ein Zusammenschluss aus Brasilien-Netzwerken aus Österreich, Deutschland und der Schweiz.

Das Netzwerk FUGe ist erst 23 Jahre alt, seine Gründung ist eng mit der Rio-Konferenz 1992 verbunden. Die Schwerpunkte liegen im Bereich der Bildungs-, Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit. Wir beschäftigen uns aktuell besonders mit dem Lieferkettengesetz, das im Bundestag diskutiert wird. Derzeit umfasst der Verein 47 Mitgliedsgruppen und über 100 Einzelmitglieder. Vier Personen arbeiten zurzeit festangestellt im Verein.



Protest des Verbandes der Kritischen Aktionär*innen, KoBra (Kooperation Brasilien), Urgewald und der FUGe Hamm mit den Betroffenen des Thyssen-Krupp-Stahlwerkkomplexes an der Bucht von Sepetiba bei Rio de Janeiro anlässlich der Aktionärsversammlung von Thyssen-Krupp am 18.01.2013 in Bochum.

Mitglieder sind zum einen Vereine aus der internationalen Entwicklungsarbeit, wie zum Beispiel fairPla.net, Lernen, Helfen und Leben (LHL e.V.), Sportler*innen für den Frieden, welche über 30 Jahre alt ist und Amnesty International, das seit über 40 Jahre in Hamm aktiv ist; zum andern Umweltinitiativen wie NABU, NaturFreunde und vor allem die Bürgerinitiative Umweltschutz, die 45 Jahre alt ist und die Initiative war, die sich gegen einen Bau eines Atomkraftwerkes in der Region Hamm einsetzte. Den Bereich der neuen Netzwerke vertreten Gruppen wie der ADFC, eine sehr bunte Gruppe aus Lünen, Hamm und Lippstadt, LiNet und



Foto von Saeeda und Abdul bei FUGe, als sie in der GSG-Schule Lünen, Rathaus Lippstadt und in der VHS Bönen in einer Tour darüber berichteten, warum und wie ihre Kinder im Fabrikbrand in Pakistan 2012 starben. Foto: FUGe



Besuchs des Bischofs Cappio 2009 bei der KSG Münster. Links von Cappio sitzt Augustinus Diekmann, Leiter der Franziskaner Mission in DO, und rechts Andrea Zellhuber, terre des hommes Schweiz.

LIGA und die kirchlichen Gruppen, wie den Kirchenkreis Hamm und die Humanitas. Der letzte Bereich ist der der Migrant*innengruppen, wie Jugendliche ohne Grenzen, IBUV, das Pangea Netzwerk mit Migranten vor allem aus der Türkei und dem Süden, die Flüchtlingshilfe und Yes Afrika. Dieser letzte Bereich ist uns sehr wichtig, da diese Menschen uns noch einmal stärker die postkoloniale Sicht bewusst machen können.

Unser Verein FUGe wird von Geldgebern wie Engagement Global oder von Stiftungen gefördert.

Kommen wir zu den Stärken des Vereines. Neben den alten Vereinen, wie BUND, NABU und Sportler*innen für den Frieden sind auch Bewegungen, wie Fridays For Future, LGBT/Lila Lösung und das antifaschistische Jugendbündnis haeckelclub590 ein Teil unseres Vereines. Dadurch verbinden wir Altes und Neues an einem Ort. Eine weitere Stärke ist neben unserer thematischen Vielfalt auch die Menge an unterschiedlichen Aktionsformen. Neben der klassischen Bildungsarbeit von NABU-Gruppen, Arbeit in Schulen und KiTas veranstalten wir auch Diskussionsforen mit Politiker*innen und sozialen Bewegungen. Bei Straßenaktionen und Konzerten versuchen wir insbesondere auch Menschen aus dem globalen Süden eine Stimme zu geben.

Bevor ich auf die Schnittpunkte zwischen den Bewegungen eingehe, möchte ich noch einige Personen vorstellen, die unsere Arbeit sehr geprägt haben. 2009 besuchte uns in Hamm und Münster u.a. auf Initiative von Pax Christi und den Ordensleuten für den Frieden der Bischof Luis Cappio aus dem Nordosten Brasiliens (siehe Foto). Er berichtete über den Kampf gegen die Umleitung eines Flusses São Francisco, über den Bau des Tucuruí-Stausees, der den Abbau von Bauxit und die Aluminiumproduktion ermöglicht, und seinen damit verbundenen Hungerstreik. Im Jahr 2017 besuchte uns der peruanische Landwirt Saúl Lliuya (siehe Foto), mit dem ich anlässlich der Klimaklage am Oberlandesgericht Hamm über die Gletscherschmelze diskutieren durfte. Dieses Thema liegt mir sehr am Herzen, da es natürlich sehr stark mit dem Klimawandel zusammenhängt. Er betrifft uns alle. Die Zerstörungskraft ist nicht absehbar und besonders die Menschen im globalen Süden leiden sehr stark darunter. Hierbei möchte ich auf die Betroffenen des Stahlkomplexes in Rio de Janeiro in Brasilien von 2009 bis 2015 hinweisen. Jedes Jahr hielten wir Reden auf der Aktionärsversammlung in Bochum gegen Thyssen Krupp, weil sie die Zerstörung ganzer Fischerdörfer mit ihrer Industrie vorantreiben, nur um die Automobilindustrie mit Stahl v.a. in Deutschland zu versorgen (siehe Foto).

Ein weiteres Beispiel der Unverantwortlichkeit deutscher Unternehmer im globalen Süden ist der Textilfabrikbrand in Ali Enterprise Karachi/Pakistan, wo KIK seine Textilien produzieren ließ und bei dem am 11. September 2012, 260 Tote und 32 Verletzte zu beklagen sind. Der Besuch der Betroffenen, die in Kooperation mit FUGe und ECCHR Gesprächsforen in Schulen, Rathaus und Bildungseinrichtungen Lippstadt, Hamm, Lünen und Bönen im Juni 2016 führten, machte das Problem sichtbar (siehe Foto).

Besonders der globale Süden braucht unsere Unterstützung. Denn um zum Beispiel den Getreidebedarf der Biogasanlagen in der EU abzudecken, müssen Mais und Soja aus Brasilien importiert werden. Der exzessive Anbau bedroht aber die Lebensgrundlagen indigener als auch traditioneller Gemeinschaften vor Ort. Genau diese Menschen wollen wir bei FUGe unterstützen. Personengruppen und lokale Akteur*innen zusammenbringen, wodurch das Thema an Aufmerksamkeit gewinnt.

Darüber hinaus stellt das FUGe-Netzwerk unbürokratisch Räumlichkeiten und Infrastruktur zur Verfügung, etwa Flüchtlingsinitiativen, Foodsharing-Gruppen, Urban Gardening Bewegungen, Klimabündnis, PFF und FFF Hamm. Diese Kooperation erzeugt eine gewisse Mobilisierungskraft, da die lange Erfahrung und die stabile Struktur neue Wege der zivilgesellschaftlichen Partizipation bereiten. Auch die betagten Akteure des FUGe-Weltladen fungieren nicht zuletzt als Brücke zu Konsument*innen, die sonst nicht so politisch aktiv sind.

Gesprächsrunde der Referent*innen

Diese Gesprächsrunde sollte den Referent*innen die Möglichkeit bieten, untereinander ins Gespräch zu kommen. Die Vielfalt der Themen, die unterschiedlichen Vorstellungen, wie politischer Aktionismus im Einzelnen umgesetzt wird und die vielen Zusammenhänge zwischen den Bewegungen boten Gesprächsmaterial, dass in dieser Runde Platz findet.

Marcos da Costa Melo: Die Arbeit von Clara Tempel kennen wir in erster Linie über die Bürgerinitiative Umweltschutz in Hamm, die genauso wie sie für die Zeitung „graswurzelrevolution“ schreiben. Besonders durch die Aktionsform des Zivilen Ungehorsams, die meiner Meinung nach großes Potenzial hat, fällt sie auf. Bei „Ende Gelände“ sieht man die Kraft sehr gut. Da kann Clara auf jeden Fall eine gute Brücke schlagen.

Clara Tempel: „Fridays For Future“ kannte ich schon vor diesem Panel, aber ich wusste nicht, dass hinter dem Begriff „Eine-Welt“ eine Bewegung steckt. Da war sehr spannend für mich zu erfahren. Die Aktionsform des Zivilen Ungehorsams ist für mich das richtige Mittel für politische Aktionen. Ich finde, dass sie eine kraftvolle Aktionsform ist, die sehr erfolgreich und ziel führend ist. Aus dem Grund widme ich mich nicht nur in meiner Freizeit diesem Thema, sondern setzte mich auch in meinem Studium viel mit der Erforschung dieser Protestform auseinander. Immer wieder freue ich mich darüber, wenn ich das weitergeben und andere dafür begeistern kann, den Schritt zu Zivilem Ungehorsam zu machen. Gleichzeitig ist es auch gerechtfertigt, wenn eine Person sich einer anderen Aktions- oder Protestform zuwendet. Es gibt sehr viele unterschiedliche Formen, die alle auf ihre individuelle Art erfolgreich sind und etwas bewirken. Von daher ist es egal, welcher Form ein Mensch zugeneigter ist, wichtig ist nur, dass er oder sie sich wohlfühlt und hinter dem stehen kann, was sie oder er macht.

Michael Nagel: Es ist wichtig, die Vielfalt der Aktionsform beizubehalten. Letztendlich sind die Demonstrationen von Fridays For Future, besonders zu Beginn, auch nichts anderes gewesen als eine Art des Zivilen Ungehorsams. Schüler*innen haben die Schule bestreikt und konnten nur durch die dadurch erzielte Aufmerksamkeit so erfolgreich sein. Hätten diese Schüler*innen im Erdkundeunterricht gefragt, ob sie mehr zum Thema Klima machen könnten, dann hätte das absolut Niemanden interessiert. Die besondere Wirkung der Aktionsform des Zivilen Ungehorsams ist sehr gut an einigen Reaktionen von konservativeren Politiker*innen zu sehen, die Anfang 2019 fragten, ob es nicht möglich sei, an Samstagen zu streiken, damit nicht die Schule „geschwänzt“ werden müsse.

Die Eine-Welt-Bewegung ist in Sachen Vielfalt, bezogen auf Diversität, Fridays For Future auf jeden Fall sehr weit voraus. Besonders in Deutschland fällt es der Bewegung schwer. Fridays For Future ist vorrangig Weiß, obwohl es eigentlich sehr wichtig wäre, die globale Perspektive viel mehr in den Mittelpunkt zu rücken und betroffene Menschen viel mehr zu hören. Doch da bemüht sich die Bewegung um einen weiteren Ausbau, indem wir versuchen, immer mehr Menschen eine Stimme zu geben und selber zurücktreten.

Renate Wanie: Obwohl ihr versucht, besonders an großen Streittagen, viele Bündnisse zu schließen, bleibt das Klima weiterhin im Mittelpunkt.

Michael Nagel: Die Hauptforderung ist immer noch Klimagerechtigkeit. Trotzdem geht es natürlich nicht, dass wir uns nur auf dieses eine Thema fokussieren. Wir müssen gleichzeitig auch noch viele andere Themen mitdenken, und um dies tun zu können, brauchen wir Bündnisse. Mit ver.di haben wir zum Beispiel im letzten Jahr eine Kampagne gestartet, um die Arbeitsbedingungen der Angestellten im ÖPNV zu verbessern. Während Corona sprechen alle über systemrelevante Berufe. Wir fordern in Zukunft mehr ÖPNV und um das umzusetzen, brauchen wir Menschen, die in diesem Bereich arbeiten wollen, und dafür muss dieser Berufszweig attraktiver werden. Das bedeutet, wenn wir mehr ÖPNV fordern, müssen wir gleichzeitig auch dafür sorgen, dass die sozialen Forderungen umgesetzt werden.

Diskussion

Kommentar: Es gibt viele unterschiedliche Aspekte bei der Fridays For Future Bewegung. Zum Beispiel in Frankfurt a.M. hat Arbeit zur Intersektionalität schon begonnen. Die Verknüpfung von Klimawandel mit Themen wie Sexismus und Rassismus findet dort statt. Das zeigt noch einmal, wie wichtig es ist, verschiedene Strömungen immer wieder neu miteinander in Bezug zu setzen und zu schauen, wo wir Bündnisse schmieden können, die uns weiterbringen.

Frage: Mir ist aufgefallen, dass die drei Gruppen sehr unterschiedliche Strukturen in ihrer Arbeitsweise haben. JunepA ist informal strukturiert, Fridays For Future überwiegend in lokalen Strukturen organisiert und FUGe ist ein Zusammenschluss von Vereinen und Verbänden. Könnte es sein, dass die unterschiedlichen Kulturen, von denen Clara gesprochen hat, auch mit den verschiedenen Strukturen zu tun haben?

Clara Tempel: Ich kann mir gut vorstellen, dass die Unterschiede in der politischen Kultur daher kommen, dass es auch je nach Struktur unterschiedliche Verpflichtungen in den jeweiligen Bewegungen gibt. Bei einem Zusammenschluss verschiedener Gruppen wird jede Gruppe durch eine Einzelperson vertreten, und diese muss bei anstehenden Entscheidungen vorher Rücksprache mit der durch sie vertretenen Gruppen halten. Anders ist dies, wenn Personen nur für sich selbst und nicht für eine Gruppe sprechen müssen und dadurch automatisch autonomer sind. Zusätzlich gibt es bei bestimmten Gruppen noch besondere Regelungen, die bedacht werden müssen. Der Fall ist dies zum Beispiel bei gemeinnützigen Vereinen, die bestimmte Sachen nicht machen dürfen, um ihren Status der Gemeinnützigkeit nicht zu verlieren. Zusammenfassend würde ich sagen, dass es eine Zusammenarbeit sicherlich erschweren könnte, wenn die Organisationskulturen sehr unterschiedlich sind.

Frage: In wieweit können die einzelnen Ortsgruppen von Fridays For Future alleine ohne Absprache mit der Bundesebene Entscheidungen treffen?

Michael Nagel: Wir haben die sechs auf Bundesebene beschlossenen Forderungen. Darüber hinaus sind die Ortsgruppen relativ frei, aber natürlich sind wir trotzdem eine gemeinsame Bewegung, die ein gemeinsames Label verwendet, hinter dem Grundwerte stehen, die klar vertreten werden sollen. Stellt eine Ortsgruppe verrückte Sachen an, würde es da auch eine entsprechende Reaktion der anderen Gruppen geben. Ich befürworte diese Struktur, denn eine gewisse Unverbindlichkeit ist für Jugendliche häufig sehr attraktiv. Einem Verein erst beitreten zu müssen, könnte eine große Hürde darstellen. Außerdem bietet diese immer noch recht offene Struktur viele Freiräume der individuellen Entfaltung, was meiner Meinung nach wichtig ist.

Frage: Wie schafft Ihr es, Eure eigenen Themen bei Bündnissen nicht aus den Augen zu verlieren? Denn Bündnisse kosten Zeit und viel Energie, und da ist es nicht immer leicht, sich nicht zu verzetteln.

Michael Nagel: Dieses Problem ist mir bekannt. Es ist nicht immer leicht, einen gemeinsamen Konsens zu finden. Ein großer Vorteil der Fridays For Future Bewegung ist hierbei, dass wir eine Minimalforderung stellen, die Bekämpfung der Klimakrise, dahinter können sich erst einmal die meisten stellen. Wir fordern Klimagerechtigkeit, aber was das genau heißt, kann jede Gruppe für sich entscheiden. Wir haben Gruppen, die den Kapitalismus überwinden möchten und gleichzeitig auch welche, die mithilfe von Reformen die Klimakrise bekämpfen möchten. Das alles vereinen wir innerhalb unserer Bewegung. Bei Demos stellen die einzelnen Gruppen ihre speziellen Bedürfnisse hinten an, um gemeinsam vereint für das große Ziel zu demonstrieren. Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen Bewegungen ist wichtig und wird kein gemeinsamer Minimalkonsens gefunden, schwächt das nur die gesamte progressive Bewegung.

Marcos da Costa Melo: Wir müssen besonders die junge Generation mobilisieren und den Aktionismus attraktiv für sie gestalten. Denn sie wünschen sich sowieso neue Aktionsformen in spannenden Räumen und Orten, die ihnen eine eigene Stimme geben. Besonders Vereine sollten dies im Hinterkopf behalten, da sie die finanziellen Mittel zur Verfügung haben.

Frage: Michael, du studierst Bildungswissenschaften und mich würde interessieren, wie Du die Inhalte von Fridays For Future mit den Inhalten deines Studiums verknüpfst?

Michael Nagel: Meine Masterarbeit habe ich darüber geschrieben, inwieweit die Klimakrise als Themenkomplex in der öffentlichen Erwachsenenbildung aufgegriffen werden kann und welche Voraussetzungen es dafür braucht. Mir ist es wichtig, diese Themen zu verknüpfen. Ich komme ursprünglich aus der politischen Bildungsarbeit und versuche politische und demokratische Bildung mit Nachhaltigkeitsthemen zu verknüpfen. Derzeit bin ich Teil des Projektes „klimaaktiv“, bei dem Schüler*innen selbst politische Handlungskompetenzen entwickeln sollen, indem sie sich für Klimagerechtigkeit einsetzen.

Frage: Zu Beginn von Fridays For Future sprachen sich konservativere Politiker*innen gegen das Bestreiken der Schulen aus. Was bringst du Lehrkräften entgegen, die das politische Engagement ihrer Schüler*innenschaft nicht zu würdigen wissen?

Michael Nagel: Aktuell ist die Diskussion darum eingeschlafen, weil die Schulen seit fast einem Jahr sowieso geschlossen sind. Deswegen kann ich Dir nicht aktuell darauf antworten. Bei uns in der Ortsgruppe Hannover gab es schon lange keine Diskussion mehr um das „Schule Schwänzen“. Meiner Meinung nach ist die Schule nicht nur ein Ort des Wissenszuwachses, sondern auch ein Ort der Sozialisation. Lehrkräfte sollten sich da nicht gegen stellen, sondern Jugendlichen, die in der Schule politisiert werden oder selbst politisch handeln wollen, tendenziell un-

terstützen. Natürlich sind sie an gewisse Regeln gebunden und dürfen das Bestreiken des Unterrichts nicht unterstützen, aber es gibt mehrere Fälle von Lehrer*innen, die aktiv gegen die Streiks agiert und versucht haben, den Schüler*innen das Leben möglichst schwer zu machen. Das kann ich überhaupt nicht nachvollziehen.

Frage: Welche Erfahrung habt Ihr mit digitalen Aktionsformen gemacht? Demos in kleinsten Kreisen haben nicht die Wirksamkeit und Bedeutung in der Öffentlichkeit. Habt Ihr da neue Sachen entwickelt, seht Ihr Grenzen und welche Chancen sehr Ihr nach der Pandemie, diese Formen weiterzuführen?

Clara Tempel: Ich war immer sehr skeptisch gegenüber Online-Aktionismus. In meinem Studium habe ich gelernt, dass politisches Handeln Verkörperung braucht und wir mit unseren Körpern in Erscheinung treten müssen. Während Corona zeigt sich aber auch das Potenzial dieser digitalen Aktionsformen. Die Form der Petitionen kann auch sehr wirksam sein. Das ist beim offiziellen Petitionsausschuss des Bundestages zu sehen, der sich wirklich mit den Themen auseinandersetzt. Zum Beispiel bei der Petition von „Klima-Mitbestimmung JETZT“. Obwohl bei dieser Form auch immer die Gefahr besteht, dass Menschen mit ihrer Unterschriftenabgabe der Meinung sind, dass sie sich nun genug politisch engagiert haben. Meine Meinung hat sich zu Online-Aktionismus in den letzten Monaten wirklich verändert. JunepA versucht derzeit neue Aktionsformen zu erschließen, die online funktionieren. Mehr ins Detail kann ich nicht gehen, da vieles davon noch nicht öffentlich ist. Aber es gibt Wege, politischen Gegner*innen auch online das Leben schwer zu machen. Das Internet bietet viel Raum für Kreativität und neue Aktionsformen und Raum, sich auszuprobieren, das ist sicherlich eine Stärke dieser Form. Solidaritätsaktionen oder Fotoaktionen über Twitter können starke visuelle Zeichen setzen. Aber trotz alledem darf nicht vergessen werden, dass es das reale in Erscheinung treten immer noch braucht, aber wenn sich beides gut ergänzt, kann die gesamte Aktion wirklich sehr erfolgreich sein.

Marcos da Costa Melo: Die Umstellung auf Onlineformate war nicht immer ganz einfach, vor allem für die älteren Akteur*innen, aber es geht und auch wir arbeiten daran. Zu Beginn des Jahres veranstalteten wir gemeinsam mit Fridays For Future Hamm ein sehr erfolgreiches Online-seminar mit knapp 100 Teilnehmer*innen. Letztes Jahr veranstalteten wir die Mahnwache für das Unglück in Fukushima online und vorletzte Woche als Präsenzveranstaltung. Immer noch schwierig ist es bei Formaten wie dem Repair Café. Die sollen weiterhin stattfinden, dürfen es aber nur im Freien, deswegen nur bei gutem Wetter. Das ist sehr schade, denn das Interesse ist immer groß. Wir konnten mit den Menschen von Ende Gelände dieses Mal nicht mit nach Garzweiler fahren, da mussten wir uns alternative Straßenaktionen ausdenken.

Michael Nagel: Digitale Aktionsformen können Präsenzaktionsformen nicht ersetzen. Unsere Großdemo in Hannover mussten wir absagen und stattdessen einen Livestream machen. Das ist besser als nichts, ersetzt aber keine Demonstration. Trotzdem hatten wir die Möglichkeit, eine starke Nachricht zu senden und Präsenz zu zeigen. Fridays For Future hat schon mehrere digitale Formen ausprobiert. Zum Beispiel Anfang letzten Jahres gab es eine riesige Kampagne „Wir bilden Zukunft“, innerhalb dieser viele Online-seminare veranstaltet wurden. Darüber hinaus gab es Onlinestreiks und Bilderkampagnen mit Demoschildern, die auf Social Media gepostet wurden. Aber auch die Videokonferenzen sind kein Ersatz zu Ortsgruppentreffen in Präsenz. Unsere wöchentlichen Plena finden schon seit einem Jahr alle online statt. Auch der Austausch über dieses Medium fällt schwerer. Wie Clara schon anmerkte, bleibt das Erfolgsgefühl bei Online-Aktivismus aus. Bei einem Livestream sieht man nur, wie viele Teilnehmer*innen gerade dabei sind, das ist nicht dasselbe, wie in einer Gruppe auf einem Platz zu stehen. Das fehlt uns allen.

Marcos da Costa Melo: Die Corona-Krise hat uns alle schwer getroffen und beeinträchtigt uns in unserer Arbeit, doch können wir auch vieles daraus lernen. Durch Reiseeinschränkungen konnten viele keinen Urlaub machen, der Konsum von Kleidung und weiteren Luxusgütern wurde durch geschlossene Geschäfte eingeschränkt. Dadurch konnte vielleicht das Bewusstsein dafür geschärft werden, was ein Mensch wirklich braucht und was eben nicht. Denn im Grunde wissen wir alle, dass wir über unsere Verhältnisse leben. In einer Sitzung von Forscher-Online lernte ich, dass sich unsere Weltbevölkerung in den letzten 50 Jahren verdoppelt hat und die Wirtschaft mit dem verschwenderischen Konsum allerdings verfünffacht hat. Wir bräuchten dadurch bald 2-3 Welten, um unseren Lebensstandard erhalten zu können. Das zeigt noch einmal umso mehr, wie wichtig es ist, regelmäßig auf die Straße zu gehen.

Kommentar: Gruppen des Crip-Aktivismus, also Leute, die dieses eigentlich negativ belegte Wort „Krüppel“ für ihren Aktivismus zurückerobert, weisen schon sehr lange daraufhin, dass viele Aktionsformen nicht sonderlich inklusiv sind. Oft stellen wir uns in den Bewegungen die Frage, wie wir eigentlich jede*r daran teilnehmen lassen können. Das hatte Clara vorhin gesagt, es muss nicht jeder Zivilen Ungehorsam machen, denn alle Beiträge sind wichtig. Ich finde es spannend, dass wir bei dem Thema Online-Aktivismus jetzt die sind, die irgendwie vor Herausforderung gestellt werden. Gleichzeitig gibt es Leute, die schon lange diese Art von Aktionismus machen, weil es unter Umständen nicht anders geht und es in ganz verschiedenen Bereichen schon viele inspirierende Leute gibt, die Onlinekampagnen in diesem Bereich fahren. Was aber auch nicht heißt, dass diese Leute keinen Zivilen Ungehorsam machen, wo Polizist*innen ganz große Schwierigkeiten haben, Menschen weg zu tragen, da gibt es ganz tolle Beispiele aus Spanien.

Abschlussrunde

In der Abschlussrunde sollen die Referent*innen noch einmal formulieren, was sie speziell aus dieser Diskussions- oder Gesprächsrunde mitnehmen.

Marcos da Costa Melo: Ich habe zu Beginn des Panels erzählt, dass ich aus dem Nordosten Brasiliens stamme, wo Staudämme für die Aluminiumproduktion gebaut werden. Dort wurden 50.000 Menschen umgesiedelt, um die Staudämme überhaupt bauen zu können. Es gab nie eine Abfindung für die Betroffenen. Aber es sind die Bewegungen, über die wir heute gesprochen haben, die diesen Menschen eine Stimme geben. Wir müssen daran arbeiten, diese Verbindungen zu stärken und mit Betroffenen des Südens zu sprechen. Themen wie die Rassismusdebatte, postkoloniale Ansätze und die Umweltbewegung werden immer präsenter in der Gesellschaft. Leider leiden Menschen schon heute unter den Auswirkungen der Klimakrise. Das zeigt nur, wie wichtig es ist, schnell zu handeln. Es macht einen großen Unterschied, ob wir eine Zukunft mit oder ohne drei Grad Erderwärmung haben.

Clara Tempel: Ich habe noch einmal gemerkt, wie wichtig es ist, sich auszutauschen und über die eigene Gruppe zu erzählen, weil es dabei hilft, die jeweils anderen Gruppen und Bewegungen zu verstehen. Es ist nicht immer einfach, Bündnisarbeit voranzutreiben. Jede*r von uns hat sein oder ihr Tagesgeschäft, in das er oder sie viel Zeit und Energie fließen lässt. Die Zusammenarbeit mit anderen Bewegungen kommt dann noch oben drauf. In Hinblick auf nachhaltigen Aktionismus ist das nicht immer leicht, miteinander zu vereinbaren. Wir sollten uns nicht mit unserer Zeit und Energie selbst ausbeuten und müssen gut schauen, was wir leisten können und was eben nicht. Bündnisarbeit ist etwas sehr bereicherndes und notwendiges, um Ziele zu erreichen und intersektional Sachen anzugehen. Wichtig ist, unsere Bündnisarbeit so zu gestalten, dass sie langfristig funktionieren kann.

Michael Nagel: Ich stimme euch beiden voll zu. Ich wurde noch einmal darin bestärkt, Bündnisse zu bilden, aber auch darin, dass es mindestens genauso wichtig ist, seine eigenen individuellen Stärken weiterzuentwickeln. Es hat einen Grund, wieso wir nicht eine große Bewegung sind, sondern ganz viele verschiedene, die für unterschiedliche Schwerpunkte mit verschiedenen Ansätzen kämpfen. Wir müssen ausloten, an welchen Stellen es sinnvoll ist, zusammen zu arbeiten, denn im Großen und Ganzen kämpfen wir alle für ein gemeinsames Ziel. Daneben sollte jede*r für sich schauen, wie er seine Stärken bestmöglich einsetzen kann.

7. Zusammenfassung und Ausblick

Die Zusammenhänge von Klimakrise – in anderen Ländern wird gerne inzwischen von „Klima-chaos“ gesprochen –, Militär und Konflikten ist inzwischen, sieht man von einer kleineren Zahl Unbelehrbarer ab, unbestritten.

Diejenigen, die im Globalen Süden bei sich zu Hause vor Ort oder als international tätige Friedensfachkräfte versuchen, zu helfen, die entstehenden Konflikte friedlich zu bearbeiten, wissen, dass sie die Auswirkungen von etwas bekämpfen, das in der Regel nicht bei ihnen vor Ort entstanden ist, sondern fernab in den industriellen Ländern des globalen Nordens.

Diejenigen, die sich als Friedensbewegung verstehen und für die Überwindung von Rüstung und Militär und gegen Krieg eintreten, wissen, dass die Bedrohung durch den Klimawandel nicht außer Acht gelassen werden darf. Und umgekehrt sehen die Streiter*innen gegen Klimawandel, dass das Militär selbst auch in Friedenszeiten ein gewaltiger Umweltverschmutzer und –vernichter ist.

Die Zusammenhänge beider Probleme werden auch von dem renommierten Institut des *Bulletin of the Atomic Scientists* gesehen. Sie haben ihre „Weltuntergangsuhr“ auf 100 Sekunden vor Mitternacht gestellt. Die Sicherheitsforscher*innen machen dies längst nicht mehr nur an der militärischen Bedrohung fest; der Klimawandel, dessen Folgen wir in diesen Tagen auch in Deutschland so hautnah spüren, geht ebenso in ihre Berechnung ein.

Der Klimawandel ist nicht mehr zu stoppen; es geht nur noch darum, ihn so weit wie möglich zu begrenzen und seine Folgen so abzumildern, dass sie nicht zu unermesslichen menschlichen Leid auf einer bislang unvorstellbaren globalen Ebene führen. Anstatt sich darauf vorzubereiten, Grenzen gegen Menschen zu schließen, die vor Dürre oder Überschwemmung fliehen müssen, brauchen wir Programme, die das Überleben aller schützen. Anstatt Geld für Militär aus dem Fenster zu werfen, brauchen wir Ressourcen für einen ökologischen Umbau der Wirtschaft. Anstatt in nationalstaatlichen Kategorien zu denken, brauchen wir eine globale, an Gerechtigkeit und dem Wohlergehen aller Menschen (und der Natur) orientierte Politik. Ein solches Denken fängt bei jeder und jedem von uns an und jede*r kann dazu beitragen – in der Schule, am Arbeitsplatz, in der Freizeit und in der Familie.

Christine Schweitzer (Geschäftsführerin des BSV)

8. Literatur

Abel, Brottrager, Cuaresma, Muttarak (2019): Climate, conflict and forced migration. In: Global Environmental Change. Vol. 54, S. 239 – 249:

<https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0959378018301596?via%3Dihub>

In diesem wissenschaftlich abgefassten Beitrag (auf Englisch) wird die Beziehung zwischen Klimawandel, Konflikten und Migration untersucht. Die Forschenden kommen zu einem erschreckenden Ergebnis, das wir alle schon vermutet haben...

Dröge, Susanne (2020): Umgang mit den Risiken des Klimawandels: Welche Rolle für den VN-Sicherheitsrat? SWP Studie 5/2020: https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2020S05_klimawandel.pdf

Dieser Bericht fokussiert sich auf die Rolle des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Übersichtlich stellt die Autorin dar, wie bisher reagiert wurde und welche Schwachstellen die internationale Zusammenarbeit aufweist.

FriedensForum 1/2019: <https://www.friedenskooperative.de/friedensforum/ausgaben/1-2019-klimawandel-krieg-und-frieden#node-16135>

Die Zeitschrift des Netzwerks Friedenskooperative hat dem Thema Klimawandel, Krieg und Frieden einen eigenen Schwerpunkt gewidmet. Unter anderem ist hier auch noch ein weiterer Beitrag von Herrn Prof. Dr. Jürgen Scheffran zu finden.

Zusätzlich sind in der kürzlich erschienen Ausgabe 2/2020

(<https://www.friedenskooperative.de/friedensforum/ausgaben/2-2020-ostermaersche-und-mehr#node-21093>) drei weitere empfehlenswerte Artikel zur Thematik, insbesondere zum „Klimakiller Militär“, publiziert worden.

Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V. (2019): Handeln gegen Krieg und Umweltzerstörung. 6/2019 und Das Militär – Hauptfeind für Umwelt und Klima. 4/2019: <http://www.frieden-und-zukunft.de/?Friedensjournal/Archiv-Internet-Ausgaben/Ausgaben-2019>

Die Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V. um Karl Heinz Peil hat mehrere Artikel zum Schwerpunkt Frieden und Klima publiziert. Nicht nur diese Beiträge, sondern auch die weiteren Ausgaben des Friedensjournals sind zu empfehlen.

forumZFD (2015): Wie der Klimawandel Konflikte anheizt. Ein Fachgespräch zur Post-2015-Agenda: <https://www.ziviler-friedensdienst.org/sites/ziviler-friedensdienst.org/files/anhang/publikation/zfd-wie-der-klimawandel-konflikte-anheizt-53911.pdf>

In dieser Publikation rücken verschiedene Autor*innen konkrete Klimakonflikte in den Vordergrund und geben Impulse für mögliche, zivile Lösungsansätze.

forumZFD (2019): Dokumentation der Aktionstagung 2019:

<https://www.forumzfd.de/de/publikation/dokumentation-der-aktionstagung-2019>

Das Forum Ziviler Friedensdienst e.V. widmete der Thematik eine eigene Aktionstagung im Jahr 2019. Unter dem Link ist nicht nur das Programm zu finden, sondern auch die Dokumentation der Diskussionen und Ergebnisse in Form von Stichpunkten und Hinweisen auf tiefgehende Literatur. Besonders deutlich in dem Material werden die Zusammenhänge zwischen Gewalt, Klima, Krieg, Globalem Süden und Norden in Grafiken dargestellt.

Ivleva, Daria; Schaller, Stella; Pohl, Benjamin; Vivekananda, Janani (2019): Climate change and security: A short Q&A. Adelphi. Berlin:

[https://climate-security-expert-network.org/sites/climate-security-expert-network.com/files/documents/climate security - a short q and a - climate security expert network.pdf](https://climate-security-expert-network.org/sites/climate-security-expert-network.com/files/documents/climate%20security%20-%20a%20short%20q%20and%20a%20-%20climate%20security%20expert%20network.pdf)

In dieser übersichtlichen Handreichung wird in sieben Fragen und Antworten (in Englisch) erklärt, warum der Klimawandel für den internationalen Frieden von Bedeutung sind.

Klare, Michael (2015): Klima und Krieg. Der Pariser Gipfel als Friedenskonferenz. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/2015. S. 45 – 50:

<https://www.blaetter.de/ausgabe/2015/dezember/klima-und-krieg>

Wie eng Klima- und Friedenspolitik gedacht werden sollten, stellt Michael Klare in einem Bericht über den Pariser Klimagipfel dar. Seiner Meinung nach sind die Konflikte in Syrien ein anschauliches Beispiel für Klimakriege, die sich bei Nichthandeln weiter ausbreiten werden.

Kruse, Birgit (2020): Klimawandel erhöht das Risiko von bewaffneten Konflikten, <https://idw-online.de/en/news?print=1&id=717375>

Rühl, Bettina (2019): Klimawandel – Der Konflikthanzeiger. RadioWissen: <https://www.br.de/mediathek/podcast/radiowissen/klimawandel-der-konflikthanzeiger/1794045>

Besonders am Rande der Sahelzone sind die Auswirkungen des Klimawandels zu spüren. Welche Konflikte abseits der Medienaufmerksamkeit aufgrund veränderter Klimabedingungen entstehen, wird in dieser 20-minütigen Podcast-Folge des Senders RadioWissen (Bayrischer Rundfunk) thematisiert. Die Folge ist auf der Internetseite des BR verfügbar, kann aber auch in den gängigen Podcast-Apps über das Handy gehört werden.

Der Podcast ist an sich sehr gut, aber wenig militärkritisch: So wird davon gesprochen, dass die „staatliche Gewalt“ (im Sinne von violence oder von power?) eingreifen müsse, militärische Bündnisse teilweise die Situation verbessert haben (keine ausführliche Kritik), etc. ... Der hauptsächliche Fokus und Ergebnis am Ende bleibt aber: Hilfe durch andere Staaten, um Klimaveränderungen einzudämmen, mehr Investition in Erforschung der Klimaeinflüsse, Frühwarnsysteme, andere Staaten müssen eigene Emissionen reduzieren ...

Pflüger, Markus (2019): Krieg ist der größte Klimakiller. In: Ausdruck. 4/2019. S. 39 – 41: <https://www.imi-online.de/download/Ausdruck-97-2019-Klima.pdf>

Die Informationsstelle Militarisierung hat in den letzten Jahren schon häufiger über den Zusammenhang zwischen Klima, Umwelt und Krieg berichtet. Hier (<http://www.imi-online.de/2020/01/20/klima-umwelt-krieg/>) ist eine Übersicht über die Publikationen zu finden. Besonders empfehlenswert ist der Beitrag von Markus Pflüger.

Rüttinger, Lukas (2020): Klimawandel als Risikomultiplikator und Konflikttreiber, <https://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/266613/klimawandel-als-risikomultiplikator-und-konflikttreiber>

Scheffran, Jürgen

- Grenzen des Wachstums: Kollaps oder Transformation (2018): <https://www.youtube.com/watch?v=utbYT8eQ87I>

In einem zwanzigminütigen Vortrag legt Prof. Dr. Jürgen Scheffran die Grundlagen, um das Phänomen Wachstum zu begreifen und zu bewerten. Exponentielles Wachstum stößt auf planetare Grenzen: Klimakrisen, Naturkatastrophen und Ressourcenkonflikte sind die Folge. Interessanterweise warnt Prof. Dr. Jürgen Scheffran vor der schnellen Ausbreitung von Krankheiten ...

Wie müssen wir also unser System transformieren, um dem Kollaps zu entgehen?

- Sozial-ökologische Transformation vs. Ausbeutung von Mensch & Natur (2019): https://www.youtube.com/watch?v=CVqVNsK_Oec

Im Rahmen einer Veranstaltung des Bundesweiten Friedensratschlags stellt Scheffran eine enge Verflechtung zwischen gewaltvollen Konflikten und Klimawandel fest. Einerseits zerstören (Atom-) Waffen, kriegerische Handlungen und Aufbau von Infrastruktur für Militär die Umwelt, andererseits ist Klimawandel Konfliktursache. Im gleichen Atemzug wird betont, dass auch die Problemlösung dieselbe ist: Frieden, Abrüstung und Nachhaltigkeit.

Die kompletten Vortragsfolien können hier (http://umwelt-militär.info/userfiles/downloads/2019/2019-12-07_Scheffran_Transformation-Nachhaltiger-Frieden.pdf) eingesehen werden.

Smith, Dan; Vivekananda, Janani (International Alert, 2007): A climate of conflict. The links between climate change, peace and war:

https://www.preventionweb.net/files/7948_AClimateOfConflict1.pdf

Auch wenn diese Publikation (in Englisch) schon über 12 Jahre alt ist, zeigt dies gerade, wie vehement Politik, Staat und internationale Organisationen die wissenschaftlichen Erkenntnisse und Handlungsanweisungen zu verdrängen versuchen. Insbesondere beim Lesen der abschließenden Empfehlungen sticht die Aktualität der Thematik heraus. Besonders zu empfehlen ist

die Weltkarte mit den besonders gefährdeten Staaten (S. 18-19) und die Textboxen mit Fokus auf einzelne Länder.

Vinke, Kira (2021): Heiße Kriege: Klimawandel und Konflikte, <https://peacelab.blog/2021/01/heisse-kriege-klimawandel-und-konflikte>

Weitere empfehlenswerte Quellen:

Quellen und Links, deren Beitrag z.B. nur am Rande das Thema Klima – Krieg – Umwelt streift, aber trotzdem sehr zu empfehlen sind. Vielleicht ist dafür am Ende des Textes noch Platz. Für alle, die sich bereits durch unsere Liste an Literatur- und Beitragsempfehlungen durchgelesen haben, sind hier noch weitere Materialien zu finden, die sich gut eignen, um sich selbst und andere vor der Ansteckung zu schützen #stayhome!:

- Antimilitaristischer Podcast der Informationsstelle Militarisierung (z.B. hier: <https://www.freie-radios.net/serie/antimilitaristischerpodcast>)
- Informationsdienst Umwelt und Militär (<http://www.umwelt-militaer.info/?Start>)
- Podcast: PeaceTalks von Greenpeace: <https://blog.greenpeace.de/artikel/peace-talks-der-podcast-ueber-frieden-krieg-und-sicherheit-im-21-jahrhundert>
- ARD-Dokumentation: Klimafluch und Klimaflucht: <https://www.youtube.com/watch?v=NvJCFeGxFAI>
- Karl-Heinz Peil/Bundestagsfraktion Die Linke (2020): Das Militär: Tödlich auch für Umwelt und Klima: https://neu-alexander.de/files/2020/03/7529_LINKE-BTF_Broschuere_Umwelt_Militaer_200309.pdf
- Zusammenfassung von „A New Climate for Peace“: https://www.international-alert.org/sites/default/files/NewClimateforPeace_ExecutiveSummary_0.pdf (Bericht über den Zusammenhang von Frieden und Klima im Auftrag der G7 Staaten)

Die Quellen wurden 2020 zusammengestellt von Stephanie Hilck und vom BSV 2021 leicht ergänzt.